

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe

auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe

auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe

auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe

auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe

auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Nils Naber

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 38 - 54:

~~Ohne Baukultur wird Nachhaltigkeit, Beteiligung und Teilhabe nicht gelingen. Die Planung~~Den Kommunen sollte daher Kompetenz ~~in unseren Städten und Dörfern sowie deren bauliche Umsetzung kann anspruchsvoll, effizient und nachhaltig oder kurzatmig und verschwenderisch geschehen. Gebautes hat eine nachhaltige Wirkung, positiv oder negativ,~~Form von Gestaltungsbeiräten in Baufragen an die Seite gegeben werden. Die Architektenkammer stellt entsprechend qualifizierte Fachleute. In Baden-Württemberg sind die mobilen Gestaltungsbeiräte ~~für viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte. Architektur beschränkt sich dabei nicht nur auf die äußere Erscheinung. Architektur schafft Räume,~~Kommunen schon ein grosser Gewinn. Und bundesweit haben sich Gestaltungsbeiräte in denen Lebensqualität~~den letzten 10 Jahren in mittleren und Entwicklungsmöglichkeiten der Nutzer sich eröffnen, aber eben auch behindert werden können. Dabei müssen gute Lösungen nicht teurer seingrößeren Städten als schlechte. Jahrhundertealte genutzte Bauwerke belegen~~eine geeignete Organisationsform zur Einflussnahme auf die WirtschaftlichkeitQualität ~~von nachhaltiger Baukultur. Die~~Bauten im öffentlichen Raum etabliert. Als positives Brandenburger Beispiel ist die Stadt Potsdam zu benennen. Dort wurde auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit tatkräftiger Unterstützung des grünen Baustadtrates Matthias Klipp im Jahr 2010 ein Gestaltungsrat installiert, der sehr erfolgreich arbeitet. Beurteilt werden sowohl private wie auch kommunale und andere öffentliche Hand sollte ihrer baukulturellen VerpflichtungPlanungs- und Bauaufgaben im Bestand wie im Neubau. Die Beiräte richten sich des Weiteren auch dadurch nachkommen, dass sie bei Vergabean die Bewohner selbst, vor allem an diejenigen, die einen Beitrag zur Erhaltung der prägenden baulichen Bestandteile leisten können und wollen. Sie möchten Identität vermitteln, Interesse wecken, sensibilisieren für Vorbereitung, Planungdie Schönheit und Bau von Infrastrukturdas Wesen der gebauten Umwelt in der Kulturlandschaft Brandenburgs. Baukulturbeiräte bieten Beratung und Gebäuden beiBegleitung in Fragen der BeurteilungStadtentwicklung und ~~der~~

~~Wirtschaftlichkeit~~Gestaltung der ~~baukulturellen Qualität~~Landschaft wie der Grünflächen. Gestaltungsbeiräte fördern dabei den Wettbewerb und sie entwickeln Stolz und Bewusstsein für das eigene Erbe. Sie fordern zu Diskussionen zwischen Bürgern und Fachleuten heraus, vermitteln Interesse und Verständnis für die Werte und die~~nötige Beachtung schenkt. Die~~ Qualität der ~~Baukultur ergibt~~baulichen Umgebung und ihrer Wirkung auf die eigene Lebensqualität. Die Beiräte erzielen dabei einen echten Mehrwert: Des unmittelbaren Eigeninteresses unverdächtig, lassen sie sich~~aus der Verantwortung der gesamten Gesellschaft~~auch für ~~ihre gebaute Umwelt. Eine~~die Vermarktung von Immobilien und touristischen Angeboten nutzen. Dies trägt der ~~wichtigsten Voraussetzungen für~~Tatsache Rechnung, dass die ~~Übernahme dieser Verantwortung ist eine ausreichende kulturelle Bildung~~Stabilisierung der Dörfer und ländlichen Kleinstädte nicht allein von innen heraus erfolgen kann, sondern auch Impulse von außen braucht. Gestaltungsbeiräte überwinden eingefahrene Strukturen, sie sind unabhängig von Legislaturperioden, von persönlichen Befindlichkeiten, von langfristigen Beraterverträgen und kommerziellem Eigeninteresse. Sie können sachorientiert und kompetent arbeiten. Die Kosten liegen je nach Grösse des Bauvorhabens und des notwendigen Umfangs der Begutachtung bei rund 0,5 bis 1,5% der~~ganzen Gesellschaft.~~Gesamtbaukosten (KG200-700 nach DIN276)

Begründung

Tue Gutes und rede darüber.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Petra Budke

Gegenstand: Fachkräfteentwicklung in der Pflege

Im Absatz von Zeile 17 - 29:

Familiäre Pflege muss so anerkannt sein, dass diese Option auch angesichts einer zukünftig hohen Beschäftigungsquote attraktiv ist. Dazu müssen die Ansätze der Freistellung, der Anerkennung bei Rentenwerten und des Pflegegeldes weiterentwickelt werden. Wir setzen uns ein für eine Pflegezeit, die durch eine dreimonatige Freistellung Menschen kurzfristig die Möglichkeit gibt, sich um die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger oder Bekannter zu kümmern, um eine professionelle Pflege zu organisieren oder einen sterbenden Menschen begleiten zu können. Mit einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung soll dies für alle Erwerbstätigen finanziell abgesichert werden, auch für Selbstständige und Beamte.

Die Attraktivität der Berufe, die sich mit der Pflege alter und kranker Menschen befassen, wird ~~angehoben~~angehoben. Wir setzen uns ein für eine bessere Entlohnung, soziale Sicherung, Qualifizierung sowie bessere Arbeitsbedingungen.

Begründung

Konkretisierung der genannten Ziele im Kontext des BDK-Antrags zur Grünen Arbeitszeitpolitik

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 85 - 89:
Neu hinzufügen:

Das unzureichende Ergebnis des Asylkompromisses vom Herbst 2015 kann nur ein weiterer Anfang für einen nächsten Verhandlungsprozess sein. Das individuelle Grundrecht auf Asyl muss erhalten bleiben. Die nächsten Forderungen sollen einerseits nicht das Asylrecht in Frage stellen, und andererseits den Weg zu einem Einwanderungs- und einem Landesintegrationsgesetz aufzeigen. Folgerichtig muss dann das Asylbewerberleistungsgesetz endlich abgeschafft werden und die Versorgung der Menschen ins Sozialgesetzbuch SGB überführt werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Nils Naber

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 303 - 313:

Neu hinzufügen:

Die Bahnverbindungen Berlin-Cottbus-Wroc?aw und Dresden-Görlitz-Wroc?aw müssen so bald wie möglich mit attraktiven Fahrzeiten wieder aufgenommen werden. Auf beiden Strecken müssen zügig die fehlenden Elektrifizierungen realisiert werden. Die Erhöhung der Taktfrequenz der Strecke Forst-?ary-?agan-Legnica sowie eine Verlängerung nach Cottbus bzw. Wroc?aw ist zur prüfen.

Begründung

Wir sollten uns hier den Forderungen der deutsch-polnischen Initiative Schienenpersonennahverkehr anschließen, in der sich neben vielen dt.-poln. Vereinigungen auch der Deutsche Bahnkundenverband und die IHKen der Region zusammengeschlossen haben, um beim Ausbau der Bahninfrastruktur weiter mit Druck zu machen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: KV Cottbus

Gegenstand: Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!

Im Absatz von Zeile 50 - 56:

Das jetzt etablierte Netz der Theater-, Orchester- und Museumslandschaft ist immerhin ein Aushängeschild für das Kulturland Brandenburg und sollte mit seiner Arbeit stärker in die Fläche strahlen wie auch bundesweite Beachtung finden. Um ihre Kulturangebote für die Zukunft zu sichern, brauchen die jetzt hochverschuldeten kreisfreien Städte in der Zukunft mehr Landesmittel für die Kulturförderung, unabhängig von den möglichen Veränderungen durch eine Kreisgebietsreform. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen daher die Entscheidung der Landesregierung für eine "Landesstiftung Branitz". Wir fordern die Landesregierung auf, bis zum Frühjahr 2016 dafür einen Fahrplan mit konkreten Terminsetzungen vorzulegen.

Begründung

Nach einer allgemeinen Zusage des MP anlässlich einer Festveranstaltung im Branitzer Park im August 2015 hat nun auch die zuständige Ministerin in der Sitzung des Landtagsausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur am 09.09.2015 die Gründung einer solchen Landesstiftung zugesagt. Zu einem Terminplan konnte oder wollte sie sich nicht äußern. Dieser sollte jedoch im Hinblick auf die Planbarkeit und Verbindlichkeit eingefordert werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Joachim Hilburg

Gegenstand: Neufestlegung des Anteils des Landesverbandes an den Mitgliedsbeiträgen

Im Absatz von Zeile 2 - 8:

~~In der Finanzordnung wird der erste Satz des §3 (3) folgendermaßen geändert:~~

~~"Für~~

I: § 3 Abs. 2 Landesfinanzordnung erhält folgende Fassung:

Für jedes Mitglied eines Kreisverbandes sind pro Monat neun Prozent des landesweiten ~~Durchschnittsbeitrages [...]~~Durchschnitt aller Mitgliederbeiträge zuzüglich des an den Bundesverband abzuführenden Beitragsanteils an den Landesverband ~~abzuführen.~~abzuführen. Mitgliederzahl und Durchschnittsmitgliedsbeitrag werden dem letzten entlasteten Jahresabschluss entnommen.

II: §3 Abs. 3 entfällt.

III: Die folgenden Absätze erhalten die Nummern 3 - 5.

Begründung

Ich möchte den Antrag unterstützen und helfen, die notwendige Struktur hinein zu bringen. Bitte prüfen und gerne übernehmen:

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Sascha Maier

Gegenstand: **Wenn nicht jetzt, wann dann? - Ausweitung der Sportförderung für den Gesundheits- und Breitensport nutzen!**

Im Absatz von Zeile 30 - 42:

Gemäß dem Strategiepapier „Sportland 2020 - gemeinsam Perspektiven entwickeln“ verpflichtet sich der LSB Brandenburg, in allen Altersklassen bei der Mitgliederanzahl auf das Durchschnittsniveau der neuen Bundesländer zu kommen. Hintergrund ist die dem LSB Brandenburg von dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und der Enquete-Kommission („Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“) attestierte Schlusslichtposition unter allen 16 Bundesländern mit Bezug auf die Beteiligung am Vereinssport. Die Beteiligung liegt im Bundesdurchschnitt bei 34 %, hingegen in Brandenburg nur bei ~~13,4~~12,7 %. Bei der bisherigen Prioritätensetzung für den Mitteleinsatz durch den LSB Brandenburg wird dieses Ziel nicht erreichbar sein. Die Prioritätensetzung ist daher so zu verändern, dass das laut Landesverfassung (Artikel 35) „ausgewogene Verhältnis von Breiten- und Spitzensport“ auch tatsächlich hergestellt wird.

Die Landesdelegiertenkonferenz fordert die ~~Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg~~Landesregierung daher auf, sich bei der angestrebten Ausweitung der Sportförderung in Brandenburg für die bewusste Förderung des Gesundheits- und Breitensports einzusetzen. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg wird diesen Prozess kritisch begleiten (vgl. Landtagswahlprogramm 2014, Seite 137 ff.). Hierzu ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass zum einen die Autonomie des Sports berücksichtigt, aber auch durch Setzung von Rahmenbedingungen durch das Land die Grundverantwortung eingefordert wird. Da bisher sehr stark der Spitzensport vom Land Brandenburg gefördert wurde, muss sich die Erhöhung

im Sporthaushalt auf die Förderung des Breiten- und Gesundheitssports sowie der Förderung bisher unterrepräsentierter Zielgruppen auswirken.

Begründung

1. Die zuletzt öffentlich genannte Zahl für den Organisationsgrad in Brandenburg ist 12,7 Prozent.
Quelle: Landtag Brandenburg (2014): *Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/1*, S. 202
(Schriften des Landtages Brandenburg, Heft 5)
2. Die Forderung der Landesdelegiertenkonferenz auf bewusste Förderung des Gesundheits- und Breitensports richtet sich zuallererst gegen die Landesregierung.

UnterstützerInnen

Heiko Kohl

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Nils Naber

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 68 - 96:

Den Kommunen sollte daher Kompetenz in Form von Gestaltungsbeiräten in Baufragen an die Seite gegeben werden. Die Architektenkammer stellt entsprechend qualifizierte Fachleute. In Baden-Württemberg sind die mobilen Gestaltungsbeiräte für die Kommunen schon ein grosser Gewinn. Und bundesweit haben sich Gestaltungsbeiräte in den letzten 10 Jahren in mittleren und größeren Städten als eine geeignete Organisationsform zur Einflussnahme auf die Qualität von Bauten im öffentlichen Raum etabliert. ~~Beurteilt~~

Als positives Brandenburger Beispiel ist die Stadt Potsdam zu benennen. Dort wurde auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit tatkräftiger Unterstützung des grünen Baustadtrates Matthias Klipp im Jahr 2010 ein Gestaltungsrat installiert, der sehr erfolgreich arbeitet.

Beurteilt werden sowohl private wie auch kommunale und andere öffentliche Planungs- und Bauaufgaben im Bestand wie im Neubau. Die Beiräte richten sich des Weiteren auch an die Bewohner selbst, vor allem an diejenigen, die einen Beitrag zur Erhaltung der prägenden baulichen Bestandteile leisten können und wollen. Sie möchten Identität vermitteln, Interesse wecken, sensibilisieren für die Schönheit und das Wesen der gebauten Umwelt in der Kulturlandschaft Brandenburgs. Baukulturbeiräte bieten Beratung und Begleitung in Fragen der Stadtentwicklung und der Gestaltung der Landschaft wie der Grünflächen. Gestaltungsbeiräte fördern dabei den Wettbewerb und sie entwickeln Stolz und Bewusstsein für das eigene Erbe. Sie fordern zu Diskussionen zwischen Bürgern und Fachleuten heraus, vermitteln Interesse und Verständnis für die Werte und die Qualität der baulichen Umgebung und ihrer Wirkung auf die eigene Lebensqualität. Die Beiräte erzielen dabei einen echten Mehrwert: Sie lassen sich auch für die Vermarktung von Immobilien und touristischen Angeboten nutzen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die Stabilisierung der Dörfer und ländlichen Kleinstädte nicht allein von innen heraus erfolgen kann, sondern auch Impulse von außen braucht. Gestaltungsbeiräte überwinden eingefahrene Strukturen, sie sind

unabhängig von Legislaturperioden, von persönlichen Befindlichkeiten, von langfristigen Beraterverträgen und kommerziellem Eigeninteresse. Sie können sachorientiert und kompetent arbeiten. Die Kosten liegen je nach Grösse des Bauvorhabens und des notwendigen Umfangs der Begutachtung bei rund 0,5 bis 1,5% der Gesamtbaukosten (KG200-700 nach DIN276)

Begründung

Tue Gutes und rede darüber.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Petra Budke

Gegenstand: Fachkräfteentwicklung in der Pflege

Im Absatz von Zeile 17 - 29:

Familiäre Pflege muss so anerkannt sein, dass diese Option auch angesichts einer zukünftig hohen Beschäftigungsquote attraktiv ist. Dazu müssen die Ansätze der Freistellung, der Anerkennung bei Rentenwerten und des Pflegegeldes weiterentwickelt werden. Wir setzen uns ein für eine Pflegezeit, die durch eine dreimonatige Freistellung Menschen kurzfristig die Möglichkeit gibt, sich um die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger oder Bekannter zu kümmern, um eine professionelle Pflege zu organisieren oder einen sterbenden Menschen begleiten zu können. Mit einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung soll dies für alle Erwerbstätigen finanziell abgesichert werden, auch für Selbstständige und Beamte. Die Attraktivität der Berufe, die sich mit der Pflege alter und kranker Menschen befassen, wird ~~angehoben~~angehoben. Wir setzen uns ein für eine bessere Entlohnung, soziale Sicherung, Qualifizierung sowie bessere Arbeitsbedingungen.

Begründung

Konkretisierung der genannten Ziele im Kontext des BDK-Antrags zur Grünen Arbeitszeitpolitik

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: BER: Anwohner und Klima schützen-
Dauersubvention vermeiden

Im Absatz von Zeile 37 - 150:

Die stetige Zunahme des Luftverkehrs ist im Wesentlichen auf staatlich geförderte Wettbewerbsverzerrungen zurückzuführen. Allein in Deutschland werden die Airlines durch den Verzicht auf Kerosinsteuer und Mehrwertsteuer bei internationalen Flügen mit 10 Milliarden Euro im Jahr subventioniert. Diese ~~Subventionen~~Subventionen sind ungerecht gegenüber den anderen Verkehrsträgern, die Mineral-, Mehrwert- und Ökosteuer zahlen müssen. Die einseitigen Befreiungen müssen ~~abgeschafft~~daher beendet werden. Außerdem muss der Luftverkehr effektiv und wirksam in den Emissionshandel einbezogen werden. Diese Maßnahmen müssen auf nationaler und europäischer Ebene erfolgen.

Begründung

Die Betonung soll nicht darauf liegen, dass der (kontextlos) Luftverkehr zu billig ist, sondern ein Kontext hergestellt werden, der aufzeigt wie ungerecht die Bevorteilung des Luftverkehrs gegenüber den anderen Verkehrsträgern ist.

Ä2 zu V1

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Petra Budke

Gegenstand: Fachkräfteentwicklung in der Pflege

Im Absatz von Zeile 3 - 16:

Die Problemlagen der demographischen Entwicklung ~~zeigt~~**zeigen** sich in besonders deutlichem Maße am Beispiel der Fachkräfteentwicklung in der Pflege. Die Prognosen gehen von immer mehr älteren Menschen, mit entsprechend mehr Pflegefällen aus. Eine Konsequenz daraus ist ein steigender Bedarf an Pflegefachkräften. Gleichzeitig wird eine sinkende Zahl Erwerbstätiger prognostiziert. Es droht ein Pflegenotstand.

Begründung

redaktionell

Ä2 zu L1

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge
menschwürdig aufnehmen, gut begleiten und
in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 90 - 90:

~~Aktionsplan~~ Fachübergreifender Aktionsplan für Geflüchtete im Land
Brandenburg entwickeln

Begründung

Das interdisziplinäre Handeln sollte bereits in der Überschrift hervorgehoben werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Martina Heyden

Gegenstand: Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst
und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!

Im Absatz von Zeile 81 - 83:

~~Wir~~Wir wollen die ~~„Kulturelle Bildung“ in ihrer umfassenden Breite~~"kulturelle Bildung" in der Fläche verankern, so ~~dass insbesondere alle SchülerInnen~~daß die Kindertageseinrichtungen und Schulen mit der Vielfalt von Kultur ~~am besten auch aktiv~~ in Kontakt ~~kommen.~~kommen können.

Begründung: Kulturelle Bildung sollte nach Möglichkeit schon in Kindertageseinrichtung angeboten werden

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: GiesenS0

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 331 - 340:

Die kulturellen und touristischen Potentiale der Lausitz sind groß. Vom Spreewald ~~und der~~ bis zum Lausitzer ~~Seenkette~~ Seenland über das Biosphärenreservat Oberlausitzer Teich- und Heidelandschaft bis ins Zittauer Gebirge oder auf den Spuren europäischer Geschichte in Lübbenau, Spremberg oder Görlitz - die Lausitz hat in einer Vielfalt Themen zu bieten, die sie einzigartig macht. Dazu trägt eine Kulturlandschaft bei, die neben dem Weltkulturerbe in Bad Muskau eine dichte Theaterlandschaft, hervorragende Museen als auch vielfältige basiskulturelle Initiativen wie Heimatvereine oder soziokulturelle Zentren kennt. Darüber hinaus liegen die Kulturmetropolen Berlin und Dresden in unmittelbarer Nähe sowie Breslau und Prag in erreichbarer Entfernung.

Im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen Ostdeutschlands steht die Lausitz wirtschaftlich nicht schlechter da, die landschaftliche Schönheit, verbunden mit ~~der Perspektive der~~ dem Lausitzer ~~Seenplatte,~~ Seenland, eingebunden in die durch Städtearchitektur sich ausdrückende historische Bedeutung erkennt man als Potentiale und sieht damit die Entwicklungschancen für die Zukunft.

Begründung

In Zeile 332 und 432

Lausitzer Seenland

Wir als Urlaubsregion werben für das Lausitzer Seenland, es ist in aller Munde. von Lausitzer Seenplatte oder Kette eher weniger im gebrauch.

<http://www.lausitzerseenland.de/de.html>

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: GiesenS0

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik - Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 337 - 349:

Die kulturellen und touristischen Potentiale der Lausitz sind groß. Vom Spreewald ~~und der~~bis zum Lausitzer ~~Seenkette~~Seenland über das Biosphärenreservat Oberlausitzer Teich- und Heidelandschaft bis ins Zittauer Gebirge oder auf den Spuren europäischer Geschichte in Lübbenau, Spremberg oder Görlitz - die Lausitz hat in einer Vielfalt Themen zu bieten, die sie einzigartig macht. Dazu trägt eine Kulturlandschaft bei, die neben dem Weltkulturerbe in Bad Muskau eine dichte Theaterlandschaft, hervorragende Museen als auch vielfältige basiskulturelle Initiativen wie Heimatvereine oder soziokulturelle Zentren kennt. Darüber hinaus liegen die Kulturmetropolen Berlin und Dresden in unmittelbarer Nähe sowie Breslau und Prag in erreichbarer ~~Entfernung. Wir setzten uns für eine deutlich stärkere Förderung der gesamten Kulturlandschaft ein. Denn dies stärkt die Lebensqualität und damit den Standort Lausitz, Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung.~~Entfernung.

Der Blick für Frauen fokussiert noch zu oft auf ihre Eigenschaften als Mutter und nicht auf ihre Potenziale, die zur gesamten Regionalentwicklung hilfreich sein könnten. Hier zeigt sich, dass neben den harten Faktoren der guten Arbeitsbedingungen, Tariflöhne und sichere Beschäftigungsverhältnisse auch die Faktoren entscheidend sind, die die Zeit abseits des Berufslebens prägen: Das Gute Leben und das Gute Wohnen.

Im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen Ostdeutschlands steht die Lausitz wirtschaftlich nicht schlechter da, die landschaftliche Schönheit, verbunden mit dem Lausitzer Seenland, eingebunden in die durch Städtearchitektur sich ausdrückende historische Bedeutung erkennt man als Potentiale und sieht damit die Entwicklungschancen für die Zukunft.

Begründung

In Zeile 332 und 432

Lausitzer Seenland

Wir als Urlaubsregion werben für das Lausitzer Seenland, es ist in aller Munde. von Lausitzer Seenplatte oder Kette eher weniger im gebrauch.

<http://www.lausitzerseenland.de/de.html>

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Petra Budke

Gegenstand: Fachkräfteentwicklung in der Pflege

Im Absatz von Zeile 17 - 29:

Die Attraktivität der Berufe, die sich mit der Pflege alter und kranker Menschen befassen, wird ~~angehoben~~ angehoben. In Brandenburg verdienen Fachkräfte in der Pflege immer noch deutlich weniger als Fachkräfte in Berlin. Es muss auch hier endlich die komplette Angleichung der Ost- an die Westgehälter stattfinden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 91 - 102:

Das Land Brandenburg hat in diesem Jahr mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden und ausländischen Flüchtlingen für die Gemeinden und Kommunen auf die akuten Herausforderungen bei der Versorgung der Geflüchteten reagiert. Ein Asylkabinett soll die Landesverwaltung und die Kommunen besser vernetzen. Unter Leitung des hauptamtlichen Koordinators Bruno Küpper (bitte hinzufügen: des Innenministeriums) wurde zudem im September ein Koordinierungsstab etabliert. Nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen muss die Zusammenarbeit der verschiedenen mit der Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung und Integration beauftragten Ministerien weiter verbessert werden. Dazu fordern wir die Einrichtung ~~eines~~eines (bitte hinzufügen: interministeriellen) Krisenstabs für Flüchtlinge und Migration in der Staatskanzlei unter Leitung eines zusätzlichen Staatssekretärs.

Begründung

Redaktionell sind das konkrete Ergänzungen, auch wegen der Zuständigkeit. Die Zuständigkeiten liegen in der Federführung ja beim Innenministerium, beteiligt sind jedoch auch das MASGF, das MJBJS, das Justizministerium u.a. Landesbehörden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Martina Heyden

Gegenstand: Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!

Im Absatz von Zeile 27 - 31:

Neu hinzufügen:

Kultur braucht Raum und Förderung um sich unabhängig entfalten zu können. Freie Kulturschaffende sollten sich nicht länger als Konkurrenten um einen immer kleiner werdenden Geldtopf sehen, sondern als gleichberechtigte Partner, die sich ergänzen um die Kulturlandschaft zu bereichern. Hilfreich hierbei ist ein gesichertes Mindesteinkommen für angestellte, selbständige und auf Honorarbasis arbeitende Kulturschaffende um Selbstaussbeutung und Konkurrenzdruck zu vermeiden.

Begründung

Kultur kann sich nur da entfalten, wo die ökonomischen Grundlagen vorhanden sind. Kulturschaffende sollten auch unabhängig von wirtschaftlichen Interessen Außenstehender arbeiten können.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 2 - 10:

Der von der Braunkohlelobby gefeierte Sieg der Kraftwerksreserve über die geplante Abgabe für alte Kraftwerke hat vielen die Augen geöffnet, dass ein endgültiger Ausstieg aus der Braunkohle ~~kommen muss und dass er~~bald kommen wird. Denn auch die Kraftwerksreserve führt ~~schließlich~~letztendlich zum Abschalten von Kraftwerksblöcken. Da wir ~~diesmal rechtzeitig~~also die Notwendigkeit und das Ziel kennen, haben wir es heute in der Hand einen erneuten Strukturbruch wie in den 1990ern zu vermeiden. Der größte Teil des Abschieds von der Kohle liegt bereits hinter uns. Den verbleibenden Weg sollten wir bewusst und mit präventiver Strukturpolitik gehen.

Begründung

Begründung: Prägnanzerhöhung, Präzisierung, Klarstellung

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 2 - 10:

Der von der Braunkohlelobby gefeierte Sieg der Kraftwerksreserve über die geplante Abgabe für alte Kraftwerke hat vielen die Augen geöffnet, dass ein endgültiger Ausstieg aus der Braunkohle ~~kommen muss und dass er~~bald kommen wird. Denn auch die Kraftwerksreserve führt ~~schließlich~~letztendlich zum Abschalten von Kraftwerksblöcken. Da wir ~~diesmal rechtzeitig~~also die Notwendigkeit und das Ziel kennen, haben wir es heute in der Hand einen erneuten Strukturbruch wie in den 1990ern zu vermeiden. Der größte Teil des Abschieds von der Kohle liegt bereits hinter uns. Den verbleibenden Weg sollten wir bewusst und mit präventiver Strukturpolitik gehen.

Begründung

Begründung: Prägnanzerhöhung, Präzisierung, Klarstellung

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Petra Budke

Gegenstand: Fachkräfteentwicklung in der Pflege

Im Absatz von Zeile 17 - 29:

Die Attraktivität der Berufe, die sich mit der Pflege alter und kranker Menschen befassen, wird ~~angehoben~~ angehoben. In Brandenburg verdienen Fachkräfte in der Pflege immer noch deutlich weniger als Fachkräfte in Berlin. Es muss auch hier endlich die komplette Angleichung der Ost- an die Westgehälter stattfinden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Petra Budke

Gegenstand: Fachkräfteentwicklung in der Pflege

Im Absatz von Zeile 17 - 38:

Familiäre Pflege muss so anerkannt sein, dass diese Option auch angesichts einer zukünftig hohen Beschäftigungsquote attraktiv ist. Dazu müssen die Ansätze der Freistellung, der Anerkennung bei Rentenwerten und des Pflegegeldes weiterentwickelt werden. ~~Wir setzen uns ein für eine Pflegezeit, die durch eine dreimonatige Freistellung Menschen kurzfristig die Möglichkeit gibt, sich um die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger oder Bekannter zu kümmern, um eine professionelle Pflege zu organisieren oder einen sterbenden Menschen begleiten zu können. Mit einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung soll dies für alle Erwerbstätigen finanziell abgesichert werden, auch für Selbstständige und Beamte.~~ Die Attraktivität der Berufe, die sich mit der Pflege alter und kranker Menschen befassen, wird angehoben. ~~Wir setzen uns ein für eine bessere Entlohnung, soziale Sicherung, Qualifizierung sowie bessere Arbeitsbedingungen.~~ In Brandenburg verdienen Fachkräfte in der Pflege immer noch deutlich weniger als Fachkräfte in Berlin. Es muss auch hier endlich die komplette Angleichung der Ost- an die Westgehälter stattfinden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 141 - 145:

Neu hinzufügen:

Das Gesetzespaket der Bundesregierung zur Asylverfahrensbeschleunigung enthält zwei Regelungen, deren Umsetzung in Berlin die bereits bis an die Grenzen belasteten Mitarbeiter*innen der Erstaufnahmestellen aber auch die Ehrenamtlichen in den Einrichtungen an den Rand bringen würden: der längere Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen bis zu sechs Monaten sowie die Rückkehr zum Vorrang des Sachleistungsprinzips für Menschen in diesen Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die Rückkehr zu Sachleistungen ist als eine Soll-Bestimmung, der längere Verbleib in der Erstaufnahme als Kann-Bestimmung geregelt. Die Landesregierung sollte auf beides verzichten, um handlungsfähig zu bleiben und menschenwürdig mit den Geflüchteten umzugehen. Die Brandenburger Verwaltung kann sich sinnlosen bürokratischen Mehraufwand wie die Ausgabe von Sachleistungen schlicht nicht mehr leisten.

Begründung

Diese Ergänzung bringt noch einmal unsere Forderungen zusammen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Martina Heyden

Gegenstand: **Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!**

Im Absatz von Zeile 32 - 43:

Sie rentieren sich scheinbar nicht so wie Technologie- und Wirtschaftsförderung, dabei sind sie wichtige und langfristige Investitionen in die Gesellschaft, die Bildung unseres Landes und seiner BewohnerInnen. Die kulturelle Vielfalt kann harte ~~wirtschaftlichen~~**wirtschaftliche** Fakten liefern: sie ist für Brandenburgs Tourismusregionen mit ihren Besonderheiten bedeutsam, ~~qualitätvolle~~**qualitätsvolle** Bildungs- und Kulturangebotsstrukturen wie auch örtliche Baukultur sind Faktoren, die in Fragen von Weg- oder Zuzug positiv ausstrahlen, Denkmalpflege sichert kompetenten Fachhandwerkern ihr Auskommen. Nicht nur durch diese Verknüpfung schaffen kulturelle Träger und Einrichtungen einen beachtlichen Teil von Arbeitsplätzen, auch und gerade in strukturschwachen Regionen. Wir möchten in der Brandenburger Kulturlandschaft Akzente setzen und die teils versteckten Stärken der Brandenburger Kultur sichtbar unterstützen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 22 - 35:

Zum anderen ist es extrem wichtig, die Diskussion über das OB endlich hin zum WIE zu verlagern. Wir wollen eine präventive Strukturpolitik, die darauf aufbaut, ~~für welche anderen Wirtschaftszweige die Infrastruktur und das Know How der Braunkohleindustrie noch eingesetzt werden kann,~~ was in der Lausitz neben der Braunkohle bereits besteht und gestärkt werden ~~könnte~~**kann** und was bisher von der Braunkohle behindert wurde und jetzt durchstarten kann. Wir wollen im Folgenden Ideen präsentieren, um die Diskussion über das WIE voranzutreiben. Wichtig ist die gesellschaftliche Debatte in der Lausitz vor Ort, um die vielen Potentiale und Ideen dort ans Tageslicht zu bringen. Die zivilgesellschaftliche ~~Power~~**Kraft** vor Ort, die sich bisher zu großen Teilen um ein Für und Wider der Braunkohle gedreht hat, gilt es für eine positive Begleitung des Strukturwandels zu kanalisieren. Eine Zukunftsstiftung Lausitz könnte unter Einbindung der Lausitzer Zivilgesellschaft die Entwicklung von Konzepten und -projekten für die Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz anschieben.

Begründung

Die Braunkohleindustrie oder Teile hiervon als Ausgangspunkt einer Strukturpolitik zu machen, dient nicht dem Braunkohleausstieg, sondern der Manifestation des Braunkohleabbaus. Damit gehen wir den Braunkohlelobby auf den Leim. Vgl. stoffliche Verwendung der Braunkohle. Auch Dampfmaschinentechologie ist oder Verbrennungsmotorentechnologie wird bald der Vergangenheit angehören. Braunkohlentechnologie ist zum Braunkohlefordern und für nichts anderes. Das wollen wir nicht! Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Industrie. Und keine Konjunktive nach dem Motto „man müsste doch mal“

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 152 - 156:

Neu hinzufügen:

Das Gesetzespaket der Bundesregierung zur Asylverfahrensbeschleunigung enthält zwei Regelungen, deren Umsetzung in Berlin die bereits bis an die Grenzen belasteten Mitarbeiter*innen der Erstaufnahmestellen aber auch die Ehrenamtlichen in den Einrichtungen an den Rand bringen würden: der längere Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen bis zu sechs Monaten sowie die Rückkehr zum Vorrang des Sachleistungsprinzips für Menschen in diesen Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die Rückkehr zu Sachleistungen ist als eine Soll-Bestimmung, der längere Verbleib in der Erstaufnahme als Kann-Bestimmung geregelt. Die Landesregierung sollte auf beides verzichten, um handlungsfähig zu bleiben und menschenwürdig mit den Geflüchteten umzugehen. Die Brandenburger Verwaltung kann sich sinnlosen bürokratischen Mehraufwand wie die Ausgabe von Sachleistungen schlicht nicht mehr leisten.

Begründung

Diese Ergänzung bringt noch einmal unsere Forderungen zusammen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 157 - 162:

~~?Erstaufnahmeeinrichtungen liegen darüber hinaus häufig~~ Ebenfalls lehnen wir die Ausgabe des Taschengeldes in ~~städtischen Randlagen oder im ländlichen Raum. Ein zwangsweiser ausschließlicher Aufenthalt an diesem Ort entzieht Asylsuchende~~ Form von Sachleistungen entschieden ab, zumal auch der Verwaltungsaufwand übertrieben hoch ist. Wir fordern, dieses Prinzip in einem Maße ihrer sozialen und kulturellen Partizipationsrechte, ~~dass er aus dem Blickwinkel des Menschenrechtsschutzes~~ Brandenburg nicht ~~hinzunehmen~~ ist. Für uns bleibt das Ziel, umzusetzen. Die Integration sollte bereits in der Erstaufnahme beginnen. Das heißt, Schulpflicht für Kinder, Deutschunterricht möglichst von Anfang an. Das Gesetzespaket der Bundesregierung zur Asylverfahrensbeschleunigung enthält zwei Regelungen, deren Umsetzung in Berlin die bereits bis an die ~~Flüchtlinge~~ Grenzen belasteten Mitarbeiter*innen der Erstaufnahmestellen ~~aber auch weiterhin nach drei~~ die Ehrenamtlichen in den Einrichtungen an den Rand bringen würden: der längere Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen bis zu sechs Monaten ~~auf~~ sowie die Kommunen verteilen Rückkehr zum Vorrang des Sachleistungsprinzips für Menschen in diesen Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die Rückkehr zu können. Sachleistungen ist als eine Soll-Bestimmung, der längere Verbleib in der Erstaufnahme als Kann-Bestimmung geregelt. Die Landesregierung sollte auf beides verzichten, um handlungsfähig zu bleiben und menschenwürdig mit den Geflüchteten umzugehen. Die Brandenburger Verwaltung kann sich sinnlosen bürokratischen Mehraufwand wie die Ausgabe von Sachleistungen schlicht nicht mehr leisten.

Begründung

Diese Ergänzung bringt noch einmal unsere Forderungen zusammen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 157 - 162:

~~?Erstaufnahmeeinrichtungen liegen darüber hinaus häufig~~ Ebenfalls lehnen wir die Ausgabe des Taschengeldes in ~~städtischen Randlagen oder im ländlichen Raum. Ein zwangsweiser ausschließlicher Aufenthalt an diesem Ort entzieht Asylsuchende~~ Form von Sachleistungen entschieden ab, zumal auch der Verwaltungsaufwand übertrieben hoch ist. Wir fordern, dieses Prinzip in einem Maße ihrer sozialen und kulturellen Partizipationsrechte, ~~dass er aus dem Blickwinkel des Menschenrechtsschutzes~~ Brandenburg nicht ~~hinzunehmen~~ ist. Für uns bleibt das Ziel, umzusetzen. Die Integration sollte bereits in der Erstaufnahme beginnen. Das heißt, Schulpflicht für Kinder, Deutschunterricht möglichst von Anfang an. Das Gesetzespaket der Bundesregierung zur Asylverfahrensbeschleunigung enthält zwei Regelungen, deren Umsetzung in Berlin die bereits bis an die ~~Flüchtlinge~~ Grenzen belasteten Mitarbeiter*innen der Erstaufnahmestellen ~~aber auch weiterhin nach drei~~ die Ehrenamtlichen in den Einrichtungen an den Rand bringen würden: der längere Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen bis zu sechs Monaten ~~auf~~ sowie die Kommunen verteilen Rückkehr zum Vorrang des Sachleistungsprinzips für Menschen in diesen Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die Rückkehr zu können. Sachleistungen ist als eine Soll-Bestimmung, der längere Verbleib in der Erstaufnahme als Kann-Bestimmung geregelt. Die Landesregierung sollte auf beides verzichten, um handlungsfähig zu bleiben und menschenwürdig mit den Geflüchteten umzugehen. Die Brandenburger Verwaltung kann sich sinnlosen bürokratischen Mehraufwand wie die Ausgabe von Sachleistungen schlicht nicht mehr leisten.

Begründung

Diese Ergänzung bringt noch einmal unsere Forderungen zusammen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 151 - 163:
Neu hinzufügen:

Als Orte zum leben, lernen und arbeiten und wohnen in Wohnungen entstehen weiterhin für längere Zeit übergangsweise auch Gemeinschaftsunterkünfte mit bis zu 100 und mehr Plätzen. Hier ist eine sinnvolle ambulante Sozialarbeit nötig, um Geflüchtete auf die Integration in Wohnungen vorzubereiten. In den verschiedenen Unterkünften sind „Grundregeln“ des Zusammenlebens entsprechend zu vermitteln. Grundlegend wichtig ist eine differenzierte Aufklärung der Geflüchteten über das Grundrechtssystem in Deutschland, im Bezug auf deutsche Gesetze, wo Gewalt gegen Frauen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegenüber Menschen anderer Kulturen, Rassen, beispielsweise auch der Homosexuellen, z.B. durch ein Antidiskriminierungsgesetz geächtet wird.

Begründung

Dieser Absatz bringt noch genauer zum Ausdruck, dass gegen Gewalt und Diskriminierung innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften mit Aufklärung entgegengewirkt werden muss.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Martina Heyden

Gegenstand: Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!

Im Absatz von Zeile 57 - 61:

In den kleinen Gemeinden sieht die Situation noch ungünstiger für ein kulturelles Leben sowie für Kulturschaffende aus. Neben einer soliden Finanzierung der kommunalen Haushalte ist es für uns eine der drängenden und spannenden Zukunftsfragen, ob Kulturförderung eine kommunale Pflichtaufgabe werden ~~sollte~~. In den kleinen Gemeinden sieht die Situation für kulturelle Einrichtungen sowie für Kulturschaffende noch ungünstiger aus. Daher stellt sich die Frage, ob die Kommunen nicht mit finanzieller Unterstützung des Landes die Förderung der Kultur zu einer Pflichtaufgabe machen sollten. Diese sollte auch im Falle eines Haushaltssicherungskonzeptes gewährleistet sein.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: **Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz**

Im Absatz von Zeile 66 - 66:

II. Die Energieregion der Zukunft schaffen

Begründung

Aktiv fordernd, nicht nur erzählend, sollte ein Antrag sein.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 169 - 181:
Neu hinzufügen:

Als Orte zum leben, lernen und arbeiten und wohnen in Wohnungen entstehen weiterhin für längere Zeit übergangsweise auch Gemeinschaftsunterkünfte mit bis zu 100 und mehr Plätzen. Hier ist eine sinnvolle ambulante Sozialarbeit nötig, um Geflüchtete auf die Integration in Wohnungen vorzubereiten. In den verschiedenen Unterkünften sind „Grundregeln“ des Zusammenlebens entsprechend zu vermitteln. Grundlegend wichtig ist eine differenzierte Aufklärung der Geflüchteten über das Grundrechtssystem in Deutschland, im Bezug auf deutsche Gesetze, wo Gewalt gegen Frauen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegenüber Menschen anderer Kulturen, Rassen, beispielsweise auch der Homosexuellen, z.B. durch ein Antidiskriminierungsgesetz geächtet wird.

Begründung

Dieser Absatz bringt noch genauer zum Ausdruck, dass gegen Gewalt und Diskriminierung innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften mit Aufklärung entgegengewirkt werden muss.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 176 - 179:

~~Die Unterbringung der Flüchtlinge~~ So wichtig es ist, den Flüchtlingen erstmal wenigstens ein Dach über dem Kopf anbieten zu können, so stellt ~~die~~ Kommunen derzeit vor große Herausforderungen. ~~Hotels und~~ diese Form der Unterbringung doch nur eine kurzfristige Perspektive dar. Die Zelte sind ~~schlecht beheizbar,~~ Sporthallen können nicht dauerhaft umfunktioniert werden, denn sie werden ~~zu~~ für Sportunterricht und Vereinssport benötigt. Zudem birgt die räumliche Enge in vielen Unterkünften ein hohes Konfliktpotential, es fehlt jegliche Privatsphäre. Auch in Notunterkünften ~~umfunktioniert, Zeltstädte, Traglufthallen, Leichtbauhallen~~ müssen ausreichend Duschen und ~~Containerdörfer~~ Toiletten vorhanden sein, und es muss Spielmöglichkeiten für Kinder und Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwachsene geben. Auch in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen folgende Mindeststandards eingehalten werden: Unterbringung alleinstehender Frauen nur in Unterkünften, die überwiegend von Familien belegt sind, Rückzugsmöglichkeiten für schwangere und stillende Frauen, Sozial- und Konfliktberatung vor Ort statt Trennung nach Herkunftsländern oder Religion.

~~Als Orte zum leben, lernen und arbeiten und wohnen in Wohnungen~~ entstehen ~~kurzfristig~~ weiterhin für längere Zeit übergangsweise auch Gemeinschaftsunterkünfte mit bis zu 100 und mehr Plätzen. Hier ist eine sinnvolle ambulante Sozialarbeit nötig, um Geflüchtete auf die Integration in Wohnungen vorzubereiten. In den verschiedenen Unterkünften sind „Grundregeln“ des Zusammenlebens entsprechend zu vermitteln. Grundlegend wichtig ist eine differenzierte Aufklärung der Geflüchteten über das Grundrechtssystem in Deutschland, im ~~ganzen Land.~~ Bezug auf deutsche Gesetze, wo Gewalt gegen

Frauen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegenüber Menschen anderer Kulturen, Rassen, beispielsweise auch der Homosexuellen, z.B. durch ein Antidiskriminierungsgesetz geächtet wird.

Begründung

Dieser Absatz bringt noch genauer zum Ausdruck, dass gegen Gewalt und Diskriminierung innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften mit Aufklärung entgegengewirkt werden muss.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 176 - 179:

~~Die Unterbringung der Flüchtlinge~~ So wichtig es ist, den Flüchtlingen erstmal wenigstens ein Dach über dem Kopf anbieten zu können, so stellt die Kommunen derzeit vor große Herausforderungen. Hotels und diese Form der Unterbringung doch nur eine kurzfristige Perspektive dar. Die Zelte sind schlecht beheizbar, Sporthallen können nicht dauerhaft umfunktioniert werden, denn sie werden zu für Sportunterricht und Vereinssport benötigt. Zudem birgt die räumliche Enge in vielen Unterkünften ein hohes Konfliktpotential, es fehlt jegliche Privatsphäre. Auch in Notunterkünften umfunktioniert, Zeltstädte, Tragfluthallen, Leichtbauhallen müssen ausreichend Duschen und Containerdörfer Toiletten vorhanden sein, und es muss Spielmöglichkeiten für Kinder und Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwachsene geben. Auch in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen folgende Mindeststandards eingehalten werden: Unterbringung alleinstehender Frauen nur in Unterkünften, die überwiegend von Familien belegt sind, Rückzugsmöglichkeiten für schwangere und stillende Frauen, Sozial- und Konfliktberatung vor Ort statt Trennung nach Herkunftsländern oder Religion.

Als Orte zum leben, lernen und arbeiten und wohnen in Wohnungen entstehen kurzfristig weiterhin für längere Zeit übergangsweise auch Gemeinschaftsunterkünfte mit bis zu 100 und mehr Plätzen. Hier ist eine sinnvolle ambulante Sozialarbeit nötig, um Geflüchtete auf die Integration in Wohnungen vorzubereiten. In den verschiedenen Unterkünften sind „Grundregeln“ des Zusammenlebens entsprechend zu vermitteln. Grundlegend wichtig ist eine differenzierte Aufklärung der Geflüchteten über das Grundrechtssystem in Deutschland, im ~~ganzen Land~~. Bezug auf deutsche Gesetze, wo Gewalt gegen

Frauen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegenüber Menschen anderer Kulturen, Rassen, beispielsweise auch der Homosexuellen, z.B. durch ein Antidiskriminierungsgesetz geächtet wird.

Begründung

Dieser Absatz bringt noch genauer zum Ausdruck, dass gegen Gewalt und Diskriminierung innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften mit Aufklärung entgegengewirkt werden muss.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 167 - 174:

Die Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. Diese Erhöhung kann nur ein Anfang sein. Es ist notwendig hier nach weiteren Lösungen zu suchen.

Begründung

...die 70 Millionen werden nicht ausreichen. Daher sollte hier später mal nachgelegt werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Martina Heyden

Gegenstand: **Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst
und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!**

Im Absatz von Zeile 87 - 91:

· Wir verstehen Denkmale als historische Kulturleistungen und gesellschaftliches Gedächtnis, die Identität stiften. Diese wollen wir - von der kleinen Dorfkirche bis zu großen Parkanlagen, vom Monument bis zum Bodendenkmal - als „Denk-Male“ zusammen mit anderen Orten der Erinnerung erhalten, zugänglich lassen und besser in **das** öffentliche Bewusstsein vermitteln.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 196 - 196:

~~IV. Bildung IV. Bildung und Forschung: Forschung ermöglichen und fördern~~

Begründung

Aktiv fordernd, nicht nur kontempativ betrachtend

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 196 - 196:

~~IV. Bildung IV. Bildung und Forschung: Forschung ermöglichen und fördern~~

Begründung

Aktiv fordernd, nicht nur kontempativ betrachtend

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 175 - 179:

Bündnis 90/Die Grünen schließen sich den Forderungen der Wohnungslosenhilfe an, Wohnungslosigkeit zu vermeiden bzw. aktiv zu bekämpfen. Eine schnelle Bereitstellung von Wohnungen mit Belegungsbindungen (ehemals Sozialwohnungen) über ein Wohnungsbau- und Wohnungssanierungsprogramm von **Neubau- und** Bestandswohnungen, trägt dazu bei, auch weiteren Sozialbenachteiligten zu helfen.

Begründung

Ergänzung: Neubau

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Petra Budke

Gegenstand: Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!

Im Absatz von Zeile 11 - 18:

In den Neunziger Jahren und um die Jahrtausendwende wurden Kultureinrichtungen im ganzen Land großflächig abgewickelt und die Theaterlandschaft umgebaut. Inzwischen ist immerhin erreicht, dass der Kulturetat im Haushalt nicht weiter ausgedünnt wird. Auch wenn die Schuldenbremse näher rückt und das Land ab 2019 keine neuen Schulden mehr machen darf, werden wir Bündnisgrünen uns dafür einsetzen, dass an der Kulturförderung nicht weiter gespart wird. ~~Die Ziele und Schwerpunkte der „Kulturpolitischen Strategie des Landes Brandenburg“ unterstützen wir im Grundsatz.~~

Begründung

Da die ""Kulturpolitische Strategie"" den meisten Delegierten nicht bekannt sein dürfte und auch keine weitere kritische Auseinandersetzung im Antrag erfolgt, erscheint der Hinweis überflüssig.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 330 - 330:

VI. Kultur, Landschaft und Geschichte ~~touristisch-vermarkten~~bewahren und
entwickeln, Tourismus ausbauen

Begründung

Kultur, Landschaft und Geschichte sind keine Marketinginstrumente oder Luxus, sondern Grundlage für unsere Heimat, die für ein erfüllendes und friedliches Zusammenleben existenziell ist. Kultur ist der ganz spezifisch menschliche Teil der ganzen Natur oder kurz: Ohne Kultur kein Mensch. Da kein eigenes Touristikkapitel vorliegt, kann dies notfalls hier subsummiert werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Karsten Wundermann, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

-Wir wollen, dass Stadt- und Dorfentwicklung kompetent betrieben wird, in den Städten und Kreisen wie in den Ämtern und Dörfern. ~~Das Land steht hier in der Pflicht, gute Planung und qualitätsvolle Ausführung nicht nur zuzulassen und mit Freiräumen zu ermöglichen, sondern die Städte und Gemeinden dabei aktiv zu beraten und zu unterstützen, fachlich, personell und finanziell.~~ Die Gemeinde- und Stadtverwaltungen ~~sind angehalten,~~ sollten den Einsatz von Wettbewerben, Gestaltungsbeiräten oder Gutachterverfahren ergebnisoffen mit der Planungshoheit der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung ~~zu verbinden. Wir fordern daher das Land auf, den regionalen Planungsgemeinschaften, den Kreisen sowie den Städten und Gemeinden ausreichend Mittel für eine rechtssichere und qualitätsvolle Planung zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehört insbesondere eine ergebnisoffene und am Planungsprozess teilhabende Öffentlichkeitsbeteiligung.~~ verbinden.

Begründung

1. Wer bestellt soll bezahlen. Es ist nicht ausreichend erkennbar, warum das Land hier zusätzlich aktiv werden sollte.
2. Wichtig bleibt die Ergebnisoffenheit und die Entscheidungshoheit der kommunalen Abgeordneten

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 294 - 299:

Für eine gute Integration ist auch das Vermitteln der Werte unserer europäisch geprägten, liberalen und freien Gesellschaft und der Grundwerte unserer Verfassung elementar. ~~Junge~~ Die Aufklärung und die Vermittlung über die andere Kultur und die Regeln in Deutschland, die Rechtskultur, die Menschen- und die Bürgerrechte sind von Anfang an wichtig. Notwendig ist die Aufklärung über rechtspopulistische und rechtsextremistische Aktivitäten, die gegen die Geflüchteten gerichtet sind.

Junge Flüchtlinge können dies in der Schule lernen. Erwachsene sollten sich damit in den „Integrationskursen“ auseinandersetzen. Neben vielen anderen Themen gehört dazu auch religiöse Toleranz, Akzeptanz sexueller Vielfalt und unbedingt auch die Gleichberechtigung der Frauen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Wolfgang Seelbach

Gegenstand: Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!

Im Absatz von Zeile 44 - 49:

Neu hinzufügen:

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf der besseren Förderung der kulturellen Bildung. Musik- und Kunstschulen brauchen eine bessere Ausstattung. Der 2012 angekündigte 'Fonds für kulturelle Bildung' muss endlich eingerichtet, die 'Plattform kulturelle Bildung' mit ihren drei Regionalstellen Eberswalde, Lübbenau und Potsdam über 2017 hinaus finanziert werden.

Begründung

Die Forderungen der Volksinitiative "Mussische Bildung jetzt!" wurden nicht umgesetzt, obwohl die Linke damit Wahlkampf gemacht hat.

Kulturelle Bildung ist ein Schwerpunkt grüner Bildungspolitik.

Ä8 zu L2

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 405 - 405:

VII. Die einladende ~~Region~~Region stärken

Begründung

Antragsstrukturell, Überschrift immer mit Verb

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 414 - 414:

VII. Die einladende ~~Region~~Region stärken

Begründung

Antragsstrukturell, Überschrift immer mit Verb

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Karsten Wundermann, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

-Wir wollen, dass Stadt- und Dorfentwicklung kompetent betrieben wird, in den Städten und Kreisen wie in den Ämtern und Dörfern. ~~Das Land steht hier in der Pflicht, gute Planung und qualitätsvolle Ausführung nicht nur zuzulassen und mit Freiräumen zu ermöglichen, sondern die Städte und Gemeinden dabei aktiv zu beraten und zu unterstützen, fachlich, personell und finanziell.~~ Die Gemeinde- und Stadtverwaltungen ~~sind angehalten,~~ sollten den Einsatz von Wettbewerben, Gestaltungsbeiräten oder Gutachterverfahren ergebnisoffen mit der Planungshoheit der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung ~~zu verbinden. Wir fordern daher das Land auf, den regionalen Planungsgemeinschaften, den Kreisen sowie den Städten und Gemeinden ausreichend Mittel für eine rechtssichere und qualitätsvolle Planung zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehört insbesondere eine ergebnisoffene und am Planungsprozess teilhabende Öffentlichkeitsbeteiligung.~~ verbinden.

Begründung

1. Wer bestellt soll bezahlen. Es ist nicht ausreichend erkennbar, warum das Land hier zusätzlich aktiv werden sollte.
2. Wichtig bleibt die Ergebnisoffenheit und die Entscheidungshoheit der kommunalen Abgeordneten

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Karsten Wundermann, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

-Wir wollen, dass Stadt- und Dorfentwicklung kompetent betrieben wird, in den Städten und Kreisen wie in den Ämtern und Dörfern. ~~Das Land steht hier in der Pflicht, gute Planung und qualitätsvolle Ausführung nicht nur zuzulassen und mit Freiräumen zu ermöglichen, sondern die Städte und Gemeinden dabei aktiv zu beraten und zu unterstützen, fachlich, personell und finanziell.~~ Die Gemeinde- und Stadtverwaltungen ~~sind angehalten,~~ sollten den Einsatz von Wettbewerben, Gestaltungsbeiräten oder Gutachterverfahren ergebnisoffen mit der Planungshoheit der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung ~~zu verbinden. Wir fordern daher das Land auf, den regionalen Planungsgemeinschaften, den Kreisen sowie den Städten und Gemeinden ausreichend Mittel für eine rechtssichere und qualitätsvolle Planung zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehört insbesondere eine ergebnisoffene und am Planungsprozess teilhabende Öffentlichkeitsbeteiligung.~~ verbinden.

Begründung

1. Wer bestellt soll bezahlen. Es ist nicht ausreichend erkennbar, warum das Land hier zusätzlich aktiv werden sollte.
2. Wichtig bleibt die Ergebnisoffenheit und die Entscheidungshoheit der kommunalen Abgeordneten

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Karsten Wundermann, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

-Wir wollen, dass Stadt- und Dorfentwicklung kompetent betrieben wird, in den Städten und Kreisen wie in den Ämtern und Dörfern. ~~Das Land steht hier in der Pflicht, gute Planung und qualitätsvolle Ausführung nicht nur zuzulassen und mit Freiräumen zu ermöglichen, sondern die Städte und Gemeinden dabei aktiv zu beraten und zu unterstützen, fachlich, personell und finanziell.~~ Die Gemeinde- und Stadtverwaltungen ~~sind angehalten,~~ sollten den Einsatz von Wettbewerben, Gestaltungsbeiräten oder Gutachterverfahren ergebnisoffen mit der Planungshoheit der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung ~~zu verbinden. Wir fordern daher das Land auf, den regionalen Planungsgemeinschaften, den Kreisen sowie den Städten und Gemeinden ausreichend Mittel für eine rechtssichere und qualitätsvolle Planung zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehört insbesondere eine ergebnisoffene und am Planungsprozess teilhabende Öffentlichkeitsbeteiligung.~~ verbinden.

Begründung

1. Wer bestellt soll bezahlen. Es ist nicht ausreichend erkennbar, warum das Land hier zusätzlich aktiv werden sollte.
2. Wichtig bleibt die Ergebnisoffenheit und die Entscheidungshoheit der kommunalen Abgeordneten

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Karsten Wundermann, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort demokratisch umsetzen

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

-Wir wollen, dass Stadt- und Dorfentwicklung kompetent betrieben wird, in den Städten und Kreisen wie in den Ämtern und Dörfern. ~~Das Land steht hier in der Pflicht, gute Planung und qualitätsvolle Ausführung nicht nur zuzulassen und mit Freiräumen zu ermöglichen, sondern die Städte und Gemeinden dabei aktiv zu beraten und zu unterstützen, fachlich, personell und finanziell.~~ Die Gemeinde- und Stadtverwaltungen ~~sind angehalten,~~ sollten den Einsatz von Wettbewerben, Gestaltungsbeiräten oder Gutachterverfahren ergebnisoffen mit der Planungshoheit der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung ~~zu verbinden. Wir fordern daher das Land auf, den regionalen Planungsgemeinschaften, den Kreisen sowie den Städten und Gemeinden ausreichend Mittel für eine rechtssichere und qualitätsvolle Planung zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehört insbesondere eine ergebnisoffene und am Planungsprozess teilhabende Öffentlichkeitsbeteiligung.~~ verbinden.

Begründung

1. Wer bestellt soll bezahlen. Es ist nicht ausreichend erkennbar, warum das Land hier zusätzlich aktiv werden sollte.
2. Wichtig bleibt die Ergebnisoffenheit und die Entscheidungshoheit der kommunalen Abgeordneten

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 300 - 302:

Neu hinzufügen:

Sinnvoll ist es in den Unterkünften, direkt Geflüchtete zu motivieren, eine Selbstorganisation aufzubauen. So können in Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern der Unterkünfte, Konzepte entwickelt werden, wie eine ehrenamtliche und später auch in Beschäftigungen mögliche Mithilfe und Zusammenarbeit organisiert werden kann, beispielsweise in der sprachlichen Begleitung, oder bei der Spendenlagerung und Spendenverteilung.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 331 - 340:

Die kulturellen und touristischen Potentiale der Lausitz sind groß. Vom Spreewald und der Lausitzer Seenkette über das Biosphärenreservat Oberlausitzer Teich- und Heidelandschaft bis ins Zittauer Gebirge oder auf den Spuren europäischer Geschichte in Lübbenau, Spremberg oder Görlitz - die Lausitz hat in einer Vielfalt Themen zu bieten, die sie einzigartig macht. Dazu trägt eine Kulturlandschaft bei, die neben dem Weltkulturerbe in Bad Muskau eine dichte Theaterlandschaft, hervorragende Museen als auch vielfältige basiskulturelle Initiativen wie Heimatvereine oder soziokulturelle Zentren kennt. Darüber hinaus liegen die Kulturmetropolen Berlin und Dresden in unmittelbarer Nähe sowie Breslau und Prag in erreichbarer ~~Entfernung~~. Wir setzten uns für eine deutlich stärkere Förderung der gesamten Kulturlandschaft ein. Denn dies stärkt die Lebensqualität und damit den Standort Lausitz, Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Begründung

Kultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss gefördert werden, will sie wirksam werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 303 - 315:

Wir begrüßen es, dass Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in Zukunft schneller die Chance erhalten sollen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und dass Zuwanderer während der Aus- oder Weiterbildung und für weitere zwei Jahre darüber hinaus einen sicheren Aufenthaltsstatus erlangen sollen. Gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit gilt es Programme zu entwickeln, wie Flüchtlinge möglichst schnell ins Erwerbsleben integriert werden können. Schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen sollten Beratungsgespräche stattfinden, um die Erfahrungen, Kompetenzen und Qualifikationen zu erkennen, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen und Job- oder Fortbildungsangebote zu unterbreiten. Ausländische Abschlüsse sollten unbürokratisch anerkannt werden, um den Zugang zur Erwerbsarbeit zu erleichtern. Denn Brandenburg verzeichnet bereits jetzt in vielen Bereichen einen großen Fachkräftemangel, vor allem im Handwerk und in der ~~Pflege~~. Pflege. Die Landesregierung hat ein Programm und Netzwerk, Integration durch Qualifizierung (IQ) mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) aufgelegt. Hier geht es um Beratung zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und um berufliche Qualifizierung in Ingenieur-, Naturwissenschaftler-, Handwerker- und Dienstleistungsberufen, sowie in der Pflege und Medizin. Wir fordern einen Ausbau dieses Netzwerkes in weiteren Brandenburger Kommunen. Bisher bestehen Beratungsstellen in Neuruppin, Oranienburg, Bernau, Eberswalde, Frankfurt/Oder, Cottbus und Potsdam.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Petra Budke, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 15 - 21:

-Wir wollen die Möglichkeiten stärken, die stattfindenden Veränderungen unserer gebauten Umwelt durch Gestaltungsbeiräte positiv steuern. Denn Entwicklung und Fortschritt findet statt, bewusst und kompetent gestaltet oder gedankenlos und willkürlich. Um dies zu erkennen und aktiv gestalten zu können, bedarf es des fachlichen Wissens und der kommunikativen Fähigkeit kompetenter Fachleute, die ohne unmittelbares eigenes Interesse in der Kommunikation mit allen Beteiligten versuchen die jeweils bessere Lösung zu finden.

Begründung

Wir wollen zwar die Nutzng vorantreiben, es soll aber kein Muss sein. Die neue Formulierung bringt dies besser zum Ausdruck

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 373 - 383:
Neu hinzufügen:

Die Kommunikation über das Internet läuft sowohl von den Helferinnen und Helfern, als auch von den Geflüchteten selbst. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Start des Internetportals www.helpto.de, wo gerade das Portal für Potsdam als Pilot frei geschaltet wurde. Mit HelpTo wird eine Möglichkeit geschaffen, Akteure direkt vor Ort miteinander in Kontakt treten zu lassen, so dass die Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Ein weiteres Portal ist www.ichhelfe.jetzt.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 427 - 437:
Neu hinzufügen:

Die Kommunikation über das Internet läuft sowohl von den Helferinnen und Helfern, als auch von den Geflüchteten selbst. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Start des Internetportals www.helpto.de, wo gerade das Portal für Potsdam als Pilot frei geschaltet wurde. Mit HelpTo wird eine Möglichkeit geschaffen, Akteure direkt vor Ort miteinander in Kontakt treten zu lassen, so dass die Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Ein weiteres Portal ist www.ichhelfe.jetzt.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 446 - 452:

~~Viele Helferinnen und Helfer haben~~ Wer sich ~~in dieser Situation erstmals in ihrem Leben~~ ehrenamtlich ~~engagiert. Sie~~ engagieren will, findet auf der Internetseite der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg sowie unter „Ehrenamt-in-Brandenburg“ Tipps und Ratschläge, wohin man sich wenden kann und welche Aktivitäten gebraucht werden. Aber es braucht mehr als Internetseiten zur längerfristigen Motivierung und Vernetzung der vielen Helferinnen und Helfer. Nötig sind mit Schwung sowohl Mittel zur Finanzierung der unterschiedlichen Aktivitäten als auch professionelle Unterstützung und ~~Tatkraft an~~ Koordination der Ehrenamtlichen. Wir begrüßen die Sache herangegangen Einrichtung eines Projekttopfes, aus dem Fördermittel zwischen 300 und ~~sie haben oftmals Aufgaben übernommen, die einen hohen persönlichen Einsatz verlangen. Wir~~ 1000 Euro für Projekte vor Ort beantragt werden ~~sie weiterhin brauchen, wenn wir die Flüchtlinge gut in unseren Städten~~ können. Die Antragstellung muss so unbürokratisch wie möglich erfolgen, damit Ehrenamtliche diese Mittel auch ohne großen Aufwand anfordern können.

Die Kommunikation über das Internet läuft sowohl von den Helferinnen und Gemeinde integrieren wollen. Daher gilt es, diesen Schwung Helfern, als auch von den Geflüchteten selbst. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Start des Internetportals www.helpto.de, wo gerade das Portal für die Zukunft ~~Potsdam als Pilot frei geschaltet wurde. Mit HelpTo wird eine Möglichkeit geschaffen, Akteure direkt vor Ort miteinander in Kontakt treten zu~~ ~~bewahren und lassen, so dass die Engagierten mit ihren Aktivitäten nicht alleinzu lassen. Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Ein weiteres Portal ist www.ichhelfe.jetzt.~~

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 446 - 452:

~~Viele Helferinnen und Helfer haben~~ Wer sich ~~in dieser Situation erstmals in ihrem Leben~~ ehrenamtlich ~~engagiert. Sie~~ engagieren will, findet auf der Internetseite der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg sowie unter „Ehrenamt-in-Brandenburg“ Tipps und Ratschläge, wohin man sich wenden kann und welche Aktivitäten gebraucht werden. Aber es braucht mehr als Internetseiten zur längerfristigen Motivierung und Vernetzung der vielen Helferinnen und Helfer. Nötig sind mit Schwung sowohl Mittel zur Finanzierung der unterschiedlichen Aktivitäten als auch professionelle Unterstützung und ~~Tatkraft an~~ Koordination der Ehrenamtlichen. Wir begrüßen die Sache herangegangen Einrichtung eines Projekttopfes, aus dem Fördermittel zwischen 300 und ~~sie haben oftmals Aufgaben übernommen, die einen hohen persönlichen Einsatz verlangen. Wir~~ 1000 Euro für Projekte vor Ort beantragt werden ~~sie weiterhin brauchen, wenn wir die Flüchtlinge gut in unseren Städten~~ können. Die Antragstellung muss so unbürokratisch wie möglich erfolgen, damit Ehrenamtliche diese Mittel auch ohne großen Aufwand anfordern können.

Die Kommunikation über das Internet läuft sowohl von den Helferinnen und Gemeinde integrieren wollen. Daher gilt es, diesen Schwung Helfern, als auch von den Geflüchteten selbst. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Start des Internetportals www.helpto.de, wo gerade das Portal für die ~~Zukunft~~ Potsdam als Pilot frei geschaltet wurde. Mit HelpTo wird eine Möglichkeit geschaffen, Akteure direkt vor Ort miteinander in Kontakt treten zu ~~bewahren und~~ lassen, so dass die Engagierten mit ihren Aktivitäten nicht alleinzu lassen. Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Ein weiteres Portal ist www.ichhelfe.jetzt.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Petra Budke, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 68 - 96:

Den Kommunen sollte daher Kompetenz in Form von Gestaltungsbeiräten in Baufragen an die Seite gegeben werden. Die Architektenkammer stellt entsprechend qualifizierte Fachleute. In Baden-Württemberg sind die mobilen Gestaltungsbeiräte für die Kommunen schon ein grosser Gewinn. Und bundesweit haben sich Gestaltungsbeiräte in den letzten 10 Jahren in mittleren und größeren Städten als eine geeignete Organisationsform zur Einflussnahme auf die Qualität von Bauten im öffentlichen Raum etabliert. Beurteilt werden sowohl private wie auch kommunale und andere öffentliche Planungs- und Bauaufgaben im Bestand wie im Neubau. Die Beiräte richten sich des Weiteren auch an die Bewohner selbst, vor allem an diejenigen, die einen Beitrag zur Erhaltung der prägenden baulichen Bestandteile leisten können und wollen. Sie möchten Identität vermitteln, Interesse wecken, sensibilisieren für die Schönheit und das Wesen der gebauten Umwelt in der Kulturlandschaft Brandenburgs. Baukulturbeiräte bieten Beratung und Begleitung in Fragen der Stadtentwicklung und der Gestaltung der Landschaft wie der Grünflächen. Gestaltungsbeiräte fördern dabei den Wettbewerb und sie entwickeln Stolz und Bewusstsein für das eigene Erbe. Sie fordern zu Diskussionen zwischen Bürgern und Fachleuten heraus, vermitteln Interesse und Verständnis für die Werte und die Qualität der baulichen Umgebung und ihrer Wirkung auf die eigene Lebensqualität. Die Beiräte erzielen dabei einen echten Mehrwert: ~~Des unmittelbaren Eigeninteresses unverdächtig~~, Sie lassen ~~sie~~ sich auch für die Vermarktung von Immobilien und touristischen Angeboten nutzen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die Stabilisierung der Dörfer und ländlichen Kleinstädte nicht allein von innen heraus erfolgen kann, sondern auch Impulse von außen braucht. Gestaltungsbeiräte überwinden eingefahrene Strukturen, sie sind unabhängig von Legislaturperioden, von persönlichen Befindlichkeiten, von langfristigen Beraterverträgen und kommerziellem Eigeninteresse. Sie können sachorientiert und kompetent arbeiten. Die Kosten liegen je nach Grösse des Bauvorhabens und des notwendigen Umfangs der Begutachtung bei rund 0,5 bis

1,5% der Gesamtbaukosten (KG200-700 nach DIN276)

Begründung

Ein mittelbares Eigeninteresse (das die bisherige Formulierung ja auch nicht ausschließt!) ist nicht auszuschließen und das Thema sollte im Interesse des Antrages auch gar nicht angesprochen werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 404 - 408:

Sicher wird nicht alles einfach werden. Wichtig ist, dass die Zivilgesellschaft gegen fremden- und demokratiefeindliche Bestrebungen zusammensteht und dass wir Gesicht zeigen gegen Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und Fremdenhass. Es wird Konflikte und Reibungen geben, aber wir Bündnisgrüne sind zuversichtlich, dass wir das schaffen können. Es wird für uns alle eine große Anstrengung werden, aber es wird sich lohnen!

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Petra Budke, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 68 - 96:

~~Die~~Den Kommunen ~~solltensollte~~ daher ~~die Möglichkeit haben,~~ Kompetenz ~~in~~Baufragen in Form von Gestaltungsbeiräten ~~zu nutzen. Fachleute könnte~~u.a. in Baufragen an die Seite gegeben werden. Die Architektenkammer ~~stellen.~~stellt entsprechend qualifizierte Fachleute. In Baden-Württemberg sind die mobilen Gestaltungsbeiräte für die Kommunen schon ein grosser Gewinn. Und bundesweit haben sich Gestaltungsbeiräte in den letzten 10 Jahren in mittleren und größeren Städten als eine geeignete Organisationsform zur Einflussnahme auf die Qualität von Bauten im öffentlichen Raum etabliert. Beurteilt werden sowohl private wie auch kommunale und andere öffentliche Planungs- und Bauaufgaben im Bestand wie im Neubau. Die Beiräte richten sich des Weiteren auch an die Bewohner selbst, vor allem an diejenigen, die einen Beitrag zur Erhaltung der prägenden baulichen Bestandteile leisten können und wollen. Sie möchten Identität vermitteln, Interesse wecken, sensibilisieren für die Schönheit und das Wesen der gebauten Umwelt in der Kulturlandschaft Brandenburgs. Baukulturbeiräte bieten Beratung und Begleitung in Fragen der Stadtentwicklung und der Gestaltung der Landschaft wie der Grünflächen. Gestaltungsbeiräte fördern dabei den Wettbewerb und sie entwickeln Stolz und Bewusstsein für das eigene Erbe. Sie fordern zu Diskussionen zwischen Bürgern und Fachleuten heraus, vermitteln Interesse und Verständnis für die Werte und die Qualität der baulichen Umgebung und ihrer Wirkung auf die eigene Lebensqualität. Die Beiräte erzielen dabei einen echten Mehrwert: ~~Des unmittelbaren Eigeninteresses unverdächtig,~~Sie lassen ~~sie~~ sich auch für die Vermarktung von Immobilien und touristischen Angeboten nutzen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die Stabilisierung der Dörfer und ländlichen Kleinstädte nicht allein von innen heraus erfolgen kann, sondern auch Impulse von außen braucht. Gestaltungsbeiräte überwinden eingefahrene Strukturen, sie sind unabhängig von Legislaturperioden, von persönlichen Befindlichkeiten, von langfristigen Beraterverträgen und kommerziellem Eigeninteresse. Sie können sachorientiert und kompetent arbeiten. Die

Kosten liegen je nach Grösse des Bauvorhabens und des notwendigen Umfangs der Begutachtung bei rund 0,5 bis 1,5% der Gesamtbaukosten (KG200-700 nach DIN276)

Begründung

Ein mittelbares Eigeninteresse (das die bisherige Formulierung ja auch nicht ausschließt!) ist nicht auszuschließen und das Thema sollte im Interesse des Antrages auch gar nicht angesprochen werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Petra Budke, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 97 - 118:

Viele Beteiligte sind beim Planen und Bauen am Werk: Bauherren und -damen, Architekten und Ingenieure, Nachbarn und betroffene Bürger, Fördermittelgeber und Genehmigungsbehörden müssen miteinander in Einklang gebracht werden und Sachzwänge gibt es meist nicht wenige. Mal fehlt es an Geld, mal an Wissen über den Wert des Vorhandenen oder die Kompetenz zur ansprechenden Gestaltung des Neuen. Und oft sind es die immer schlankeren Planungs- und Genehmigungsverfahren, die eine sorgfältige Abstimmung städtebaulicher und gestalterischer Fragen nicht mehr verlangen, sondern auf die jeweilige Kompetenz aller Beteiligten setzen. Was im Ergebnis entsteht, kann leider nicht immer überzeugen. Schuldzuweisungen sind die Folge, obwohl alle Beteiligten guten Willen waren. Je kleiner der Ort, desto schwieriger scheint die Abstimmung, das Bauordnungsamt ist weit weg, und die Gemeinde, die das Einvernehmen erteilen muss, hat meist wenig Handlungsspielraum oder kann ihn nicht nutzen. Bauen mag hier zwar unbürokratisch funktionieren, bei vielen Projekten ist aber eine umfangreiche Abstimmung zwischen Bauherr, Gemeinde, Genehmigungsbehörde und Öffentlichkeit sinnvoll und zum richtigen Verfahrenszeitpunkt auch geboten. ~~Wo ein kommunales Bauamt dies nicht leisten kann, kann Hilfe von den Gestaltungsbeiräten geleistet werden,~~ Gestaltungsbeiräte, die die Abstimmung ~~des~~eines Projektes fachlich qualifiziert begleiten und so etwas wie eine „Zweitmeinung“ zum Vorhaben formulieren ~~können. können, können die gewählten Abgeordneten beraten.~~ Damit ergeben sich oft neue Perspektiven und Denkblockaden werden aufgehoben. Das Vorhaben erhält neue Impulse. Dies alles führt in der Summe zu mehr Baukultur.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Benjamin Grochowski (Beschluss MV KV Potsdam
15.10.2015)

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge
menschewürdig aufnehmen, gut begleiten und
in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 141 - 145:

Neu hinzufügen:

Wir fordern die Einrichtung einer dauerhaften Erstaufnahme in Potsdam als zweite Erstaufnahme neben Eisenhüttenstadt. Im Vergleich zu anderen Standorten der Erstaufnahme im Land hat Potsdam von der Infrastruktur, bei der Unterstützung durch Freiwillige und der sozialen Betreuung erhebliche Vorteile. So können das große, freiwillige Engagement und die Willkommenskultur der städtischen Gesellschaft genutzt werden. Das schwierige Thema rückt ins urbane Zentrum des Landes, wo es hingehört.

Begründung

Potsdam hat alle Voraussetzungen, um Flüchtlinge in einer würdevollen, solidarischen und integrationsfördernden Umgebung zu empfangen. Seit Jahren beweisen die Potsdamerinnen und Potsdamer, dass ihre Willkommenskultur ehrlich gemeint und nachhaltig ist. Dazu ist Potsdam in allen Bereichen infrastrukturell, aber vor allem auch hinsichtlich des ehrenamtlichen Engagements hervorragend ausgestattet. Wenn es dann auch noch gelingt, dass die in Potsdam willkommen geheißenen Flüchtlinge im westlichen Teil Brandenburgs verbleiben können, dann kann eine wirkungsvolle und nachhaltige Integrationsarbeit beginnen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: AP: Petra Budke, Landesvorstand

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 68 - 96:

~~Den~~Die Kommunen ~~sollte~~sollten daher die Möglichkeit haben, Kompetenz in Baufragen in Form von Gestaltungsbeiräten ~~in Baufragen anzu nutzen.~~ Fachleute könnte u.a. ~~die Seite gegeben werden. Die~~ Architektenkammer ~~stellt entsprechend qualifizierte Fachleute.~~stellen. In Baden-Württemberg sind die mobilen Gestaltungsbeiräte für die Kommunen schon ein grosser Gewinn. Und bundesweit haben sich Gestaltungsbeiräte in den letzten 10 Jahren in mittleren und größeren Städten als eine geeignete Organisationsform zur Einflussnahme auf die Qualität von Bauten im öffentlichen Raum etabliert. Beurteilt werden sowohl private wie auch kommunale und andere öffentliche Planungs- und Bauaufgaben im Bestand wie im Neubau. Die Beiräte richten sich des Weiteren auch an die Bewohner selbst, vor allem an diejenigen, die einen Beitrag zur Erhaltung der prägenden baulichen Bestandteile leisten können und wollen. Sie möchten Identität vermitteln, Interesse wecken, sensibilisieren für die Schönheit und das Wesen der gebauten Umwelt in der Kulturlandschaft Brandenburgs. Baukulturbeiräte bieten Beratung und Begleitung in Fragen der Stadtentwicklung und der Gestaltung der Landschaft wie der Grünflächen. Gestaltungsbeiräte fördern dabei den Wettbewerb und sie entwickeln Stolz und Bewusstsein für das eigene Erbe. Sie fordern zu Diskussionen zwischen Bürgern und Fachleuten heraus, vermitteln Interesse und Verständnis für die Werte und die Qualität der baulichen Umgebung und ihrer Wirkung auf die eigene Lebensqualität. Die Beiräte erzielen dabei einen echten Mehrwert: Des unmittelbaren Eigeninteresses unverdächtig, lassen sie sich auch für die Vermarktung von Immobilien und touristischen Angeboten nutzen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die Stabilisierung der Dörfer und ländlichen Kleinstädte nicht allein von innen heraus erfolgen kann, sondern auch Impulse von außen braucht. Gestaltungsbeiräte überwinden eingefahrene Strukturen, sie sind unabhängig von Legislaturperioden, von persönlichen Befindlichkeiten, von langfristigen Beraterverträgen und kommerziellem Eigeninteresse. Sie können sachorientiert und kompetent arbeiten. Die

Kosten liegen je nach Grösse des Bauvorhabens und des notwendigen Umfangs der Begutachtung bei rund 0,5 bis 1,5% der Gesamtbaukosten (KG200-700 nach DIN276)

Begründung

1. Es sollte eine Möglichkeit bleiben, aber kein "an die Seite gegebener" Zwang.
2. Es sollte der Eindruck vermieden werden, dass wir einen Antrag in Auftrag der Architektenkammer stellen, um ihnen Jobs zu verschaffen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 392 - 397:
Neu hinzufügen:

Unterstützung von privaten Hilfen oder Patenschaften, oder Wohngemeinschaften

Einen Überblick über private Initiativen u.a. auch Patenschaften mit Geflüchteten in der Nähe haben die lokalen Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, regionale Flüchtlingsräte (Vereine, die in Kontakt mit den Behörden stehen) und die Diakonie. Sie können die Hilfe vermitteln. Auch eine direkte Kontaktaufnahme mit den Leitern einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Nähe ist möglich und sinnvoller und ratsamer, als unangemeldet auf die Menschen in den Unterkünften zuzugehen, die zum Teil traumatisiert und mitunter auch den fremden Helfern gegenüber skeptisch sind. Wer Flüchtlingen Wohnraum anbieten will, sollte sich über die Verantwortung im Klaren sein, die er damit auf sich nimmt. Nach Möglichkeit sollte es nicht nur darum gehen, für eine kurze Zeit jemandem ein Dach über den Kopf zu geben, sondern ihn als gleichwertigen Mitbewohner in der eigenen Wohnung zu akzeptieren. Trotzdem ist die persönliche Verantwortung oft größer, als zu Anfang geglaubt. Kulturelle Unterschiede und mögliche Traumata spielen eine große Rolle im Zusammenleben.

Da die Dauer des Asylverfahrens oft nicht abzusehen ist, entstehen mitunter längere Wartezeiten, in denen die Geflüchteten perspektivlos sind und nicht arbeiten können.

Von einmaligen Geldspenden an eine Flüchtlingsorganisation bis zur lebenslangen Bürgerschaft für einen syrischen Geflüchteten gibt es viele

verschiedene Arten, zu helfen. Jeder Helfer sollte sich ehrlich überlegen, was er leisten will - und auch wirklich leisten kann. Das Projekt Flüchtlinge Willkommen hat bisher 80 Menschen erfolgreich in WGs und Familien vermittelt. Die Mietkosten finanzieren viele der WGs über Spenden aus dem Freundeskreis. Grundsätzlich kann man für die private Aufnahme eines Flüchtlings auch bei der Kommune eine Kostenübernahme beantragen. Diese prüft dann, ob die Unterkunft infrage kommt. Leider werden die Anträge auch oft abgelehnt. Für Menschen mit einer Duldung oder solche, die sich noch im Asylverfahren befinden, ist es schwerer, eine Kostenübernahme zu bekommen, als für Menschen, die schon als Flüchtlinge anerkannt wurden.

Begründung

Ergänzung zu privaten Hilfen und Patenschaften

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 452 - 457:
Neu hinzufügen:

Unterstützung von privaten Hilfen oder Patenschaften, oder Wohngemeinschaften

Einen Überblick über private Initiativen u.a. auch Patenschaften mit Geflüchteten in der Nähe haben die lokalen Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, regionale Flüchtlingsräte (Vereine, die in Kontakt mit den Behörden stehen) und die Diakonie. Sie können die Hilfe vermitteln. Auch eine direkte Kontaktaufnahme mit den Leitern einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Nähe ist möglich und sinnvoller und ratsamer, als unangemeldet auf die Menschen in den Unterkünften zuzugehen, die zum Teil traumatisiert und mitunter auch den fremden Helfern gegenüber skeptisch sind. Wer Flüchtlingen Wohnraum anbieten will, sollte sich über die Verantwortung im Klaren sein, die er damit auf sich nimmt. Nach Möglichkeit sollte es nicht nur darum gehen, für eine kurze Zeit jemandem ein Dach über den Kopf zu geben, sondern ihn als gleichwertigen Mitbewohner in der eigenen Wohnung zu akzeptieren. Trotzdem ist die persönliche Verantwortung oft größer, als zu Anfang geglaubt. Kulturelle Unterschiede und mögliche Traumata spielen eine große Rolle im Zusammenleben.

Da die Dauer des Asylverfahrens oft nicht abzusehen ist, entstehen mitunter längere Wartezeiten, in denen die Geflüchteten perspektivlos sind und nicht arbeiten können.

Von einmaligen Geldspenden an eine Flüchtlingsorganisation bis zur lebenslangen Bürgerschaft für einen syrischen Geflüchteten gibt es viele

verschiedene Arten, zu helfen. Jeder Helfer sollte sich ehrlich überlegen, was er leisten will - und auch wirklich leisten kann. Das Projekt Flüchtlinge Willkommen hat bisher 80 Menschen erfolgreich in WGs und Familien vermittelt. Die Mietkosten finanzieren viele der WGs über Spenden aus dem Freundeskreis. Grundsätzlich kann man für die private Aufnahme eines Flüchtlings auch bei der Kommune eine Kostenübernahme beantragen. Diese prüft dann, ob die Unterkunft infrage kommt. Leider werden die Anträge auch oft abgelehnt. Für Menschen mit einer Duldung oder solche, die sich noch im Asylverfahren befinden, ist es schwerer, eine Kostenübernahme zu bekommen, als für Menschen, die schon als Flüchtlinge anerkannt wurden.

Begründung

Ergänzung zu privaten Hilfen und Patenschaften

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 464 - 477:

~~Einige Gemeinden sind bereits~~ Auch dürfen Helferinnen und Helfer mit gutem Beispiel vorangegangenen Problemen, die sich bei der Betreuung der oftmals traumatisierten Flüchtlinge aus unterschiedlichen Kulturen und haben Stellen ~~Religionsgemeinschaften ergeben können, nicht allein gelassen werden. Hier müssen Möglichkeiten~~ zur Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort geschaffen. Wichtig ist professionellen Supervision für die ~~meist ehrenamtlichen Helferinnen~~ Ehrenamtlichen geschaffen werden, idealerweise unter Einbeziehung geschulter Therapeutinnen und Helfer, sowie für Therapeuten der Traumazentren.

Unterstützung von privaten Hilfen oder Patenschaften, oder Wohngemeinschaften

Einen Überblick über private Initiativen u.a. auch Patenschaften mit Geflüchteten in der Nähe haben die lokalen Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, regionale Flüchtlingsräte (Vereine, die ~~Angestellten~~ in Kontakt mit den Verwaltungen der Gemeinden, Städte Behörden stehen) und ~~Kommunen auch das Lernen~~ die Diakonie. Sie können die Hilfe vermitteln. Auch eine direkte Kontaktaufnahme mit den Leitern einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in ~~Aus~~ und Weiterbildung, von interreligiöser ~~der Nähe ist möglich~~ und interkultureller Kompetenz, um angemessensinnvoller und besserratsamer, als unangemeldet auf ~~Unterschiede reagieren zu können. Denn durch die Zuwanderung wird sich auch unsere gesamte Gesellschaft im Land Brandenburg verändern. Wir machen uns~~ Menschen in den Gemeindevertretungen Unterkünften zuzugehen, die zum Teil traumatisiert und ~~Stadtverordnetenversammlungen dafür stark,~~

~~dass unsere Verwaltungen~~ mitunter auch den fremden Helfern gegenüber skeptisch sind. Wer Flüchtlingen Wohnraum anbieten will, sollte sich über die ehrenamtlichen Aktivitäten offensiv unterstützen. Dazu gehört Verantwortung im Klaren sein, die er damit auf sich nimmt. Nach Möglichkeit sollte es öffentliche Räume nicht nur darum gehen, für Sprachkurse eine kurze Zeit jemandem ein Dach über den Kopf zu geben, sondern ihn als gleichwertigen Mitbewohner in der eigenen Wohnung zu akzeptieren. Trotzdem ist die persönliche Verantwortung oft größer, als zu Anfang geglaubt. Kulturelle Unterschiede und andere Aktivitäten mögliche Traumata spielen eine große Rolle im Zusammenleben. Da die Dauer des Asylverfahrens oft nicht abzusehen ist, entstehen mitunter längere Wartezeiten, in denen die Geflüchteten perspektivlos sind und nicht arbeiten können.

Von einmaligen Geldspenden an eine Flüchtlingsorganisation bis zur Verfügung lebenslangen Bürgerschaft für einen syrischen Geflüchteten gibt es viele verschiedene Arten, zu stellen, aber auch Patenschaftsprogramme, Spendenvermittlung und Sprachangebote zu unterstützen helfen. Jeder Helfer sollte sich ehrlich überlegen, was er leisten will - und auch wirklich leisten kann. Das Projekt Flüchtlinge Willkommen hat bisher 80 Menschen erfolgreich in WGs und Familien vermittelt. Die Mietkosten finanzieren viele der WGs über Spenden aus dem Freundeskreis. Grundsätzlich kann man für die private Aufnahme eines Flüchtlings auch bei Bedarf der Kommune eine Kostenübernahme beantragen. Diese prüft dann, ob die Unterkunft infrage kommt. Leider werden die Anträge auch oft abgelehnt. Für Menschen mit einer Duldung oder solche, die sich noch im Asylverfahren befinden, ist es schwerer, eine Kostenübernahme zu koordinieren bekommen, als für Menschen, die schon als Flüchtlinge anerkannt wurden.

Begründung

Ergänzung zu privaten Hilfen und Patenschaften

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 464 - 477:

~~Einige Gemeinden sind bereits~~ Auch dürfen Helferinnen und Helfer mit gutem Beispiel vorangegangenen Problemen, die sich bei der Betreuung der oftmals traumatisierten Flüchtlinge aus unterschiedlichen Kulturen und haben Stellen ~~Religionsgemeinschaften ergeben können, nicht allein gelassen werden. Hier müssen Möglichkeiten zur~~ Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort geschaffen. Wichtig ist professionellen Supervision ~~für die meist ehrenamtlichen Helferinnen~~ Ehrenamtlichen geschaffen werden, idealerweise unter Einbeziehung geschulter Therapeutinnen und Helfer, sowie für Therapeuten der Traumazentren.

Unterstützung von privaten Hilfen oder Patenschaften, oder Wohngemeinschaften

Einen Überblick über private Initiativen u.a. auch Patenschaften mit Geflüchteten in der Nähe haben die lokalen Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, regionale Flüchtlingsräte (Vereine, die Angestellten in Kontakt mit den Verwaltungen der Gemeinden, Städte Behörden stehen) und Kommunen auch das Lernen ~~die Diakonie. Sie können die Hilfe vermitteln. Auch eine direkte Kontaktaufnahme mit den Leitern einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Aus- und Weiterbildung, von interreligiöser der Nähe ist möglich und interkultureller Kompetenz, um angemessensinnvoller und besser ratsamer, als unangemeldet auf Unterschiede reagieren zu können. Denn durch die Zuwanderung wird sich auch unsere gesamte Gesellschaft im Land Brandenburg verändern. Wir machen uns~~ Menschen in den Gemeindevertretungen Unterkünften zuzugehen, die zum Teil traumatisiert ~~und Stadtverordnetenversammlungen dafür stark-~~

~~dass unsere Verwaltungen~~ mitunter auch den fremden Helfern gegenüber skeptisch sind. Wer Flüchtlingen Wohnraum anbieten will, sollte sich über die ehrenamtlichen Aktivitäten offensiv unterstützen. Dazu gehört Verantwortung im Klaren sein, die er damit auf sich nimmt. Nach Möglichkeit sollte es öffentliche Räume nicht nur darum gehen, für Sprachkurse eine kurze Zeit jemandem ein Dach über den Kopf zu geben, sondern ihn als gleichwertigen Mitbewohner in der eigenen Wohnung zu akzeptieren. Trotzdem ist die persönliche Verantwortung oft größer, als zu Anfang geglaubt. Kulturelle Unterschiede und andere Aktivitäten mögliche Traumata spielen eine große Rolle im Zusammenleben. Da die Dauer des Asylverfahrens oft nicht abzusehen ist, entstehen mitunter längere Wartezeiten, in denen die Geflüchteten perspektivlos sind und nicht arbeiten können.

Von einmaligen Geldspenden an eine Flüchtlingsorganisation bis zur Verfügung lebenslangen Bürgerschaft für einen syrischen Geflüchteten gibt es viele verschiedene Arten, zu stellen, aber auch Patenschaftsprogramme, Spendenvermittlung und Sprachangebote zu unterstützen helfen. Jeder Helfer sollte sich ehrlich überlegen, was er leisten will - und auch wirklich leisten kann. Das Projekt Flüchtlinge Willkommen hat bisher 80 Menschen erfolgreich in WGs und Familien vermittelt. Die Mietkosten finanzieren viele der WGs über Spenden aus dem Freundeskreis. Grundsätzlich kann man für die private Aufnahme eines Flüchtlings auch bei Bedarf der Kommune eine Kostenübernahme beantragen. Diese prüft dann, ob die Unterkunft infrage kommt. Leider werden die Anträge auch oft abgelehnt. Für Menschen mit einer Duldung oder solche, die sich noch im Asylverfahren befinden, ist es schwerer, eine Kostenübernahme zu koordinieren bekommen, als für Menschen, die schon als Flüchtlinge anerkannt wurden.

Begründung

Ergänzung zu privaten Hilfen und Patenschaften

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 76 - 84:

Es gibt aber auch deutliche Schattenseiten. Die Ausweitung der Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ ist vor dem Hintergrund der Menschenrechtssituation bestimmter Gruppen auf dem Balkan zynisch. Wir bleiben dabei - jeder Einzelfall zählt. Jede und jeder Asylsuchende hat einen Anspruch darauf, dass ihr oder sein Schutzbedarf festgestellt wird. Gerade der Kosovo, für den noch vor kurzem ein NATO-Einsatz verlängert wurde, kann kaum als sicher gelten. Zudem belegen die Zahlen nicht, dass in den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ die Zahl der Asylanträge signifikant zurückgegangen wäre. ~~Bloße Symbolpolitik lehnen wir ab.~~

Weiterhin verstößt die im nunmehr beschlossenen Gesetzespaket enthaltene Kürzung der Leistungssätze unter das Hartz IV-Niveau und damit unter das soziokulturelle und physische Existenzminimum im Licht des Verfassungsgerichtsurteils vom 18.07.2012 gegen die unantastbare Menschenwürde aus Art. 1 GG. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner damaligen Entscheidung über die unzureichenden Leistungssätze des Asylbewerberleistungsgesetzes klargestellt, dass auch migrationspolitische Erwägungen die Unantastbarkeit der Menschenwürde nicht zu relativieren vermögen.

Die Verkürzung der Rechtsmittelfristen gegen Entscheidungen des Bundesamtes auf eine Woche und die im Gesetz festgeschriebene sofortige Vollziehung für aufenthaltsbeendende Maßnahmen hebeln den Rechtsschutz aus Art 19 Abs. 4 GG aus und schaffen Fakten, bevor der Rechtsschutz wirkungsvoll greifen kann. Damit verstoßen auch diese Maßnahmen gegen Grundrechte der Betroffenen.

Begründung

Es macht keinen Sinn, in Parteitagslyrik zu verschleiern, dass unsere Bundestagsfraktion in der Mehrheit ein teilweise verfassungswidriges Gesetzespaket durch eine Enthaltung billigte und eine Reihe grün-mitregierter Länder dieses Paket möglich machten und zu allem Überfluss auch noch verteidigen.

Dass sogar Verstöße gegen Art. 1 GG von Mandatsträgern unserer Partei mitgetragen wurden, lässt den Satz über die Ablehnung bloßer Symbolpolitik geradezu lächerlich erscheinen und macht unsere Position als völlig unglaubwürdig unnötig angreifbar.

Ich finde es richtig, die Kritikpunkte offen zu benennen, bevor es andere tun.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 77 - 88:

Es gibt aber auch deutliche Schattenseiten. Die Ausweitung der Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ ist vor dem Hintergrund der Menschenrechtssituation bestimmter Gruppen auf dem Balkan zynisch. ~~Und den Vorschlag, auch noch die Türkei, im Augenblick fast schon ein Bürgerkriegsland, zu einem "sicheren Herkunftsland" zu erklären, können wir nur als nicht nachvollziehbar mit aller Entschiedenheit ablehnen.~~ Wir bleiben dabei - jeder Einzelfall zählt. Jede und jeder Asylsuchende hat einen Anspruch darauf, dass ihr oder sein Schutzbedarf festgestellt wird. Gerade der Kosovo, für den noch vor kurzem ein NATO-Einsatz verlängert wurde, kann kaum als sicher gelten. Zudem belegen die Zahlen nicht, dass in den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ die Zahl der Asylanträge signifikant zurückgegangen wäre. ~~Bloße Symbolpolitik lehnen wir ab.~~ Weiterhin verstößt die im nunmehr beschlossenen Gesetzespaket enthaltene Kürzung der Leistungssätze unter das Hartz IV-Niveau und damit unter das soziokulturelle und physische Existenzminimum im Licht des Verfassungsgerichtsurteils vom 18.07.2012 gegen die unantastbare Menschenwürde aus Art. 1 GG. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner damaligen Entscheidung über die unzureichenden Leistungssätze des Asylbewerberleistungsgesetzes klargestellt, dass auch migrationspolitische Erwägungen die Unantastbarkeit der Menschenwürde nicht zu relativieren vermögen. Die Verkürzung der Rechtsmittelfristen gegen Entscheidungen des Bundesamtes auf eine Woche und die im Gesetz festgeschriebene sofortige Vollziehung für aufenthaltsbeendende Maßnahmen hebeln den Rechtsschutz aus Art 19 Abs. 4 GG aus und schaffen Fakten, bevor der Rechtsschutz wirkungsvoll greifen kann. Damit verstoßen auch diese Maßnahmen gegen Grundrechte der Betroffenen.

Begründung

Es macht keinen Sinn, in Parteitagslyrik zu verschleiern, dass unsere Bundestagsfraktion in der Mehrheit ein teilweise verfassungswidriges Gesetzespaket durch eine Enthaltung billigte und eine Reihe grün-mitregierter Länder dieses Paket möglich machten und zu allem Überfluss auch noch verteidigen.

Dass sogar Verstöße gegen Art. 1 GG von Mandatsträgern unserer Partei mitgetragen wurden, lässt den Satz über die Ablehnung bloßer Symbolpolitik geradezu lächerlich erscheinen und macht unsere Position als völlig unglaubwürdig unnötig angreifbar.

Ich finde es richtig, die Kritikpunkte offen zu benennen, bevor es andere tun.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 273 - 282:

Den Antrag unserer bündnisgrünen Fraktion gemeinsam mit den Fraktionen SPD und Die Linke zur Situation unbegleiteter Kinder und Jugendlichen nahm der Landtag an. In ihm wird dargelegt, wie alleinreisende Kinder und Jugendliche am besten untergebracht werden können und welche besonderen pädagogischen, psychologischen und therapeutischen Angebote sie brauchen. Klar ist, dass diese Angebote gemeinsam mit den Trägern der örtlichen Jugendhilfe erarbeitet werden ~~müssen und nur Städte mit einer geeigneten Infrastruktur in Frage kommen.~~müssen. Das Land muss bei der Finanzierung helfen. ~~Die~~

Da die aktuell prognostizierte Zahl der Betroffenen deutlich höher sein wird, als ursprünglich angenommen, wird sich die Konzentration der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen auf wenige kompetente Landkreise und kreisfreien Städte nicht mehr durchhalten lassen.

Die Stadt Potsdam hat bereits für eine Einrichtung für unbegleitete Kinder und Jugendliche. ~~Hier~~Hierin sehen wir neben „Alreju“ „Alreju“ in Fürstenwalde eine weitere ~~ideale-Schwerpunkt~~kommune vorbildhafte Einrichtung für diese ~~Zielgruppe.~~Zielgruppe, an der sich die anderen Landkreise und kreisfreien Städte orientieren können.

Herausragend wichtig ist neben der psychosozialen Betreuung auch die Frage der rechtlichen Vertretung der alleinreisenden minderjährigen Flüchtlinge. Die zulässige Zahl der Vormundschaften von Amtsvormündern ist aus gutem Grund begrenzt, um ein Mindestmaß an Mündelkontakten zu ermöglichen. Die nunmehr zu erwartende Zahl alleinreisenden minderjährigen Flüchtlingen wird deswegen voraussichtlich ohne ehrenamtliche Vormünder nicht zu bewältigen sein.

Engagierte ehrenamtliche Vormünder können zudem durch den individuellen

Mündelkontakt viel Positives für die Integration leisten, wenn sie entsprechende behördliche Unterstützung erfahren. So ist sicherzustellen, dass die räumlich nahe Unterbringung des Mündels zu seinem bestellten Vormund Vorrang von verwaltungsökonomischen Erwägungen haben muss. Behördlich angeordnete Verlegungen in andere Landkreise haben zu unterbleiben.

Bürokratiekosten im Vorlauf einer Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes können für Interessierte abschreckend wirken. So werden kostenpflichtige ärztliche Bescheinigungen, und eine Schufaauskunft verlangt. Das ebenfalls vorzulegende Führungszeugnis ist dagegen kostenfrei. Wir fordern die Übernahme der Bürokratiekosten durch die Landkreise und kreisfreien Städte, weil diese Kosten im öffentlichen Interesse anfallen.

Begründung

Der Antragstext geht von einem veralteten Sachstand aus. Mittlerweile sollen die minderjährigen alleinreisenden Flüchtlinge aufs ganze Bundesland verteilt werden.

Der Antragstext hinsichtlich der Einzelvormundschaften beruht auf ganz aktuellen persönlichen Erfahrungen des Antragstellers mit der aktuell als Pilotprojekt eines Konzeptes für Einzelvormundschaften im Landkreis Barnim angestrebten Vormundschaft für einen minderjährigen alleinreisenden Flüchtling im Landkreis Barnim.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 294 - 303:

Den Antrag unserer bündnisgrünen Fraktion gemeinsam mit den Fraktionen SPD und Die Linke zur Situation unbegleiteter Kinder und Jugendlichen nahm der Landtag an. In ihm wird dargelegt, wie alleinreisende Kinder und Jugendliche am besten untergebracht werden können und welche besonderen pädagogischen, psychologischen und therapeutischen Angebote sie brauchen. Klar ist, dass diese Angebote gemeinsam mit den Trägern der örtlichen Jugendhilfe erarbeitet werden ~~müssen und nur Städte mit einer geeigneten Infrastruktur in Frage kommen.~~müssen. Das Land muss bei der Finanzierung helfen. ~~Die~~

Da die aktuell prognostizierte Zahl der Betroffenen deutlich höher sein wird, als ursprünglich angenommen, wird sich die Konzentration der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen auf wenige kompetente Landkreise und kreisfreien Städte nicht mehr durchhalten lassen.

Die Stadt Potsdam hat bereits für eine Einrichtung für unbegleitete Kinder und Jugendliche. ~~Hier~~Hierin sehen wir neben „Alreju“ „Alreju“ in Fürstenwalde eine weitere ~~ideale-Schwerpunkt~~kommune vorbildhafte Einrichtung für diese ~~Zielgruppe.~~Zielgruppe, an der sich die anderen Landkreise und kreisfreien Städte orientieren können.

Herausragend wichtig ist neben der psychosozialen Betreuung auch die Frage der rechtlichen Vertretung der alleinreisenden minderjährigen Flüchtlinge. Die zulässige Zahl der Vormundschaften von Amtsvormündern ist aus gutem Grund begrenzt, um ein Mindestmaß an Mündelkontakten zu ermöglichen. Die nunmehr zu erwartende Zahl alleinreisenden minderjährigen Flüchtlingen wird deswegen voraussichtlich ohne ehrenamtliche Vormünder nicht zu bewältigen sein.

Engagierte ehrenamtliche Vormünder können zudem durch den individuellen

Mündelkontakt viel Positives für die Integration leisten, wenn sie entsprechende behördliche Unterstützung erfahren. So ist sicherzustellen, dass die räumlich nahe Unterbringung des Mündels zu seinem bestellten Vormund Vorrang von verwaltungsökonomischen Erwägungen haben muss. Behördlich angeordnete Verlegungen in andere Landkreise haben zu unterbleiben.

Bürokratiekosten im Vorlauf einer Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes können für Interessierte abschreckend wirken. So werden kostenpflichtige ärztliche Bescheinigungen, und eine Schufaauskunft verlangt. Das ebenfalls vorzulegende Führungszeugnis ist dagegen kostenfrei. Wir fordern die Übernahme der Bürokratiekosten durch die Landkreise und kreisfreien Städte, weil diese Kosten im öffentlichen Interesse anfallen.

Begründung

Der Antragstext geht von einem veralteten Sachstand aus. Mittlerweile sollen die minderjährigen alleinreisenden Flüchtlinge aufs ganze Bundesland verteilt werden.

Der Antragstext hinsichtlich der Einzelvormundschaften beruht auf ganz aktuellen persönlichen Erfahrungen des Antragstellers mit der aktuell als Pilotprojekt eines Konzeptes für Einzelvormundschaften im Landkreis Barnim angestrebten Vormundschaft für einen minderjährigen alleinreisenden Flüchtling im Landkreis Barnim.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 52 - 65:

Mit der Schaffung von bundesfinanzierten Plätzen in der Erstaufnahme, der finanziellen Beteiligung an den Verfahrenskosten und der finanziellen Unterstützung beim sozialen Wohnungsbau ergibt sich die Chance, dass sich die Situation vor Ort verbessert. Der Bund kommt seiner Verantwortung endlich nach und finanziert einen Teil der Kosten, die für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge entstehen - vor allem über eine Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 670 Euro pro Monat. Ebenso beteiligt er sich 2016 mit 350 Millionen Euro an den Kosten für die Unterbringung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. ~~Echte Verbesserungen für die Geflüchteten ergeben sich auch durch die verbindlichen Verfahren zur Asylverfahrensbeschleunigung. Das im Asylverfahrensgesetz festgelegte Drei-Monats-Ziel für die Antragsentscheidung wurde nicht nur bekräftigt, sondern es wurden auch konkrete Maßnahmen zur Entbürokratisierung wie die faktische Aussetzung des Widerrufsverfahrens vereinbart.~~

Begründung

Ich habe das jüngst beschlossene Gesetespaket in der Bundestagsschriftsache 18/6185 auch mit Suchmaschine durchsucht. Von eine Begrenzung der Antragsbearbeitung auf drei Monate steht nichts drin. Deswegen sollte man diesen lieber ersatzlos streichen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 73 - 75:

Die ~~gesetzliche Begrenzung der Asylverfahren auf drei Monate und die~~ Finanzzusagen des Bundes versprechen ~~eine echte~~ endlich die überfällige strukturelle und dauerhafte Entlastung für Länder und Kommunen.

Begründung

Die ausdrückliche Verkürzung des Asylverfahrens auf drei Monate habe ich im Gesetzespaket der Bundestagsdrucksache 18/6185 und der Bundestagsdrucksache 18/6386 auch mit Suchmaschine nicht gefunden. Deswegen ist es besser, auf diesen Satz zu verzichten.

Die Streichung des Wortes "echte" und der Zusatz "endlich überfällige..." wird dem Sachverhalt eher gerecht, dass der Bund sich **endlich** an den Kosten der Länder und Kommunen beteiligt, die durch Organisationsversagen des Bundes verursacht werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 85 - 89:

Wir sind uns bewusst, dass angesichts der Situation und der politischen Debatte in Deutschland weitere schwierige ~~Kompromisse~~Forderungen in Flüchtlingsfragen mit von SPD und den Unionsparteien auf die grünmitregierten Länder und damit auf die Partei zukommen werden. ~~Aus~~Schon die bisherigen Änderungen im Asylrecht waren höchst fragwürdig. Eine weitere Aushöhlung des individuellen Grundrechts auf Asyl verstößt gegen die Wesensgehaltsgarantie aus Art 19 Abs. 2 GG.

Aus diesem Grund machen wir an dieser Stelle deutlich, dass eine verfassungswidrige mengenmäßige Deckelung des ~~Asylrechts~~Asylrechts, die Einzäunung unseres Landes oder lediglich kosmetisch in "Transitzonen" umbenannte Internierungslager nach Art des Zentralen Aufnahmeheims des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der ehem. DDR in Zepernick für uns völlig inakzeptabel ~~ist.~~sind.

Begründung

Wer das Wort Kompromiss wählt, hat schon verloren, bevor die Verhandlung losgeht. Weitere Verfassungsbrüche darf es mit bündnisgrüner Zustimmung nicht geben. Schon die bisherigen Sündenfälle sind absolut inakzeptabel.

Ich verstehe Bündnis90/ die Grünen als Partei, die die Menschenwürde und Grundrechte achtet und nicht als Partei, die "umfällt" und **für** verfassungswidrige Vorschläge stimmt oder sich der Stimme enthält, weil es die politische Opportunität so will.

Deswegen halte ich diesen Absatz auch als deutliches Signal und Mahnung der Partei an unsere Mandatsträger im Bundestag für geboten.

Gerade uns als Brandenburger Grüne steht es im Übrigen gut zu Gesicht, das unsägliche Stasi-Aufnahmeheim in Zepernick als abschreckendes Beispiel gegen Forderungen der Union nach Transitzonen in die Debatte zu werfen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 89 - 93:

Wir sind uns bewusst, dass angesichts der Situation und der politischen Debatte in Deutschland weitere schwierige ~~Kompromisse~~Forderungen in Flüchtlingsfragen mit von SPD und den Unionsparteien auf die grünmitregierten Länder und damit auf die Partei zukommen werden. ~~Aus~~Schon die bisherigen Änderungen im Asylrecht waren höchst fragwürdig. Eine weitere Aushöhlung des individuellen Grundrechts auf Asyl verstößt gegen die Wesensgehaltsgarantie aus Art 19 Abs. 2 GG.

Aus diesem Grund machen wir an dieser Stelle deutlich, dass eine verfassungswidrige mengenmäßige Deckelung des ~~Asylrechts~~Asylrechts, die Einzäunung unseres Landes oder lediglich kosmetisch in "Transitzonen" umbenannte Internierungslager nach Art des Zentralen Aufnahmeheims des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der ehem. DDR in Zepernick für uns völlig inakzeptabel ~~ist.~~sind.

Begründung

Wer das Wort Kompromiss wählt, hat schon verloren, bevor die Verhandlung losgeht. Weitere Verfassungsbrüche darf es mit bündnisgrüner Zustimmung nicht geben. Schon die bisherigen Sündenfälle sind absolut inakzeptabel.

Ich verstehe Bündnis90/ die Grünen als Partei, die die Menschenwürde und Grundrechte achtet und nicht als Partei, die "umfällt" und **für** verfassungswidrige Vorschläge stimmt oder sich der Stimme enthält, weil es die politische Opportunität so will.

Deswegen halte ich diesen Absatz auch als deutliches Signal und Mahnung der Partei an unsere Mandatsträger im Bundestag für geboten.

Gerade uns als Brandenburger Grüne steht es im Übrigen gut zu Gesicht, das unsägliche Stasi-Aufnahmeheim in Zepernick als abschreckendes Beispiel gegen Forderungen der Union nach Transitzonen in die Debatte zu werfen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge
menschewürdig aufnehmen, gut begleiten und
in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 124 - 128:

Für ~~problematisch~~indiskutabel und rechtsstaatswidrig halten wir, dass Asylsuchende künftig sechs Monate lang, im Falle von Asylsuchenden aus „sicheren Herkunftsstaaten“ sogar auch bis zum Abschluss des Verfahrens, in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben ~~können~~sollen. Die Zustände dort sind alarmierend, der Zugang zu Rechtsberatung nahezu unmöglich.

Begründung

Flucht ist kein Verbrechen. die Freiheitsbeschränkung aus rein verwaltungsökonomischen Gründen halte ich nicht nur für politisch falsch, sondern auch für verfassungswidrig.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 135 - 139:

Für ~~problematisch~~indiskutabel und rechtsstaatswidrig halten wir, dass Asylsuchende künftig sechs Monate lang, im Falle von Asylsuchenden aus „sicheren Herkunftsstaaten“ sogar auch bis zum Abschluss des Verfahrens, in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben ~~können~~sollen. Die Zustände dort sind alarmierend, der Zugang zu Rechtsberatung nahezu unmöglich.

Begründung

Flucht ist kein Verbrechen. die Freiheitsbeschränkung aus rein verwaltungsökonomischen Gründen halte ich nicht nur für politisch falsch, sondern auch für verfassungswidrig.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 135 - 140:
Neu hinzufügen:

Darüber hinaus ist der zwangsweise ausschließliche Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen auch verwaltungsökonomischer Unsinn, weil er künstlich Ressourcen verknüpft, die für die Erstaufnahme frisch ankommender Flüchtlinge so dringend benötigt werden.

Begründung

Schon die Verwaltungsökonomie spricht gegen den langfristigen Verbleib von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 146 - 151:
Neu hinzufügen:

Darüber hinaus ist der zwangsweise ausschließliche Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen auch verwaltungsökonomischer Unsinn, weil er künstlich Ressourcen verknüpft, die für die Erstaufnahme frisch ankommender Flüchtlinge so dringend benötigt werden.

Begründung

Schon die Verwaltungsökonomie spricht gegen den langfristigen Verbleib von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 121 - 123:

Neu hinzufügen:

Sie sind damit vom Charakter her ausschließlich kurzfristige Durchlaufstationen, die für einen Daueraufenthalt nicht vorgesehen sind. Es entsteht sonst vor Ort unvermeidbar eine drangvolle Enge, die automatisch Fragen nach der unantastbaren Menschenwürde und anderen Grundrechten aufwirft.

Begründung

Text spricht für sich selber.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 132 - 134:

Neu hinzufügen:

Sie sind damit vom Charakter her ausschließlich kurzfristige Durchlaufstationen, die für einen Daueraufenthalt nicht vorgesehen sind. Es entsteht sonst vor Ort unvermeidbar eine drangvolle Enge, die automatisch Fragen nach der unantastbaren Menschenwürde und anderen Grundrechten aufwirft.

Begründung

Text spricht für sich selber.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 129 - 134:

Die daraus folgende Beschränkung auf das Gelände oder auch nur den Ort der Erstaufnahmeeinrichtung stellt einen massiven Eingriff in die Freiheitsrechte der Betroffenen dar, für den bisher in Deutschland keine ~~klare~~ Rechtsgrundlage gegeben ist. De facto bedeutet dies mindestens die Wiedereinführung einer verschärften Form der Residenzpflicht; mit einer unbekanntem Anzahl möglicher Sanktionsmittel.

Begründung

Es gibt keine verfassungsmäßige Rechtsgrundlage für das, was da geschieht. der Begriff "keine klare Rechtsgrundlage" unterstellt, dass es irgendwelche Vorschriften gäbe, die man an den Haaren zur Rechtfertigung heranziehen könnte.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 140 - 145:

Die daraus folgende Beschränkung auf das Gelände oder auch nur den Ort der Erstaufnahmeeinrichtung stellt einen massiven Eingriff in die Freiheitsrechte der Betroffenen dar, für den bisher in Deutschland keine ~~klare~~ Rechtsgrundlage gegeben ist. De facto bedeutet dies mindestens die Wiedereinführung einer verschärften Form der Residenzpflicht; mit einer unbekanntem Anzahl möglicher Sanktionsmittel.

Begründung

Es gibt keine verfassungsmäßige Rechtsgrundlage für das, was da geschieht. der Begriff "keine klare Rechtsgrundlage" unterstellt, dass es irgendwelche Vorschriften gäbe, die man an den Haaren zur Rechtfertigung heranziehen könnte.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 167 - 174:

Neu hinzufügen:

Uns ist bei der Stellung der Forderung nach einem Wohnungsbauprogramm klar, dass diese Forderung mit unserer ökologisch motivierten Forderung nach Reduzierung des Flächenverbrauchs kollidieren kann. Dieser Zielkonflikt wird von uns durch Priorisierung des erforderlichen Wohnungsbaus aufgelöst.

Begründung

Bebaubare Flächen sind nicht beliebig vermehrbar, sondern gehen in den Städten und Dörfern meist zu Lasten von Landwirtschaftlich genutzten Flächen oder Wäldern, soweit eine Verdichtung nach innen nicht möglich ist. Das ökologische Ziel einer Extensivierung von Landwirtschaft ist folglich mit wachsendem Flächenverbrauch für Infrastruktur und Bautätigkeit/ Wachstum der Städte und Dörfer kaum vereinbar.

In den Kommunen - gerade im Speckfürtel - kämpfen wir deswegen darum, dass sparsam mit den vorhandenen Flächen umgegangen wird.

Unsere im vorliegenden Antrag erhobene Forderung nach Ausweitung des Wohnungsbaus wird daher geradezu zwangsläufig zur Vorhaltung tatsächlich vorhandener programmatischer Widersprüche durch politische Gegner führen. Der Zielkonflikt bedarf daher einer Auflösung durch Prioritätensetzung.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 185 - 194:

Die Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. ~~Diese Erhöhung kann nur ein Anfang sein. Es~~
Uns ist notwendig hierbei der Stellung der Forderung nach weiteren Lösungen zu suchen. einem Wohnungsbauprogramm klar, dass diese Forderung mit unserer ökologisch motivierten Forderung nach Reduzierung des Flächenverbrauchs kollidieren kann. Dieser Zielkonflikt wird von uns durch Priorisierung des erforderlichen Wohnungsbaus aufgelöst.

Begründung

Bebaubare Flächen sind nicht beliebig vermehrbar, sondern gehen in den Städten und Dörfern meist zu Lasten von Landwirtschaftlich genutzten Flächen oder Wäldern, soweit eine Verdichtung nach innen nicht möglich ist. Das ökologische Ziel einer Extensivierung von Landwirtschaft ist folglich mit wachsendem Flächenverbrauch für Infrastruktur und Bautätigkeit/ Wachstum der Städte und Dörfer kaum vereinbar.

In den Kommunen - gerade im Speckfürtel - kämpfen wir deswegen darum, dass sparsam mit den vorhandenen Flächen umgegangen wird.

Unsere im vorliegenden Antrag erhobene Forderung nach Ausweitung des Wohnungsbaus wird daher geradezu zwangsläufig zur Vorhaltung tatsächlich vorhandener programmatischer Widersprüche durch politische Gegner führen. Der Zielkonflikt bedarf daher einer Auflösung durch

Prioritätensetzung.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-Herwig Mascher

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 9 - 15:

Brandenburg hat eine lange Tradition als Einwanderungsland. Schon infolge des vom großen Kurfürsten 1685 erlassenen Toleranzedikts sind unter anderem aus religiösen Gründen verfolgte als auch vor Hunger und Armut fliehende Einwanderinnen und Einwanderer ~~aus religiösen Gründen~~ vor allem aus Frankreich (Hugenotten), ~~aus~~ Böhmen, Österreich, der Schweiz und den Niederlande nach Brandenburg zugewandert. ~~An~~ Oft ~~teilten~~ diese ~~Tradition~~ wollen wir anknüpfen. Menschen nicht die Auffassungen der Lehre Luthers, der damaligen Staatskonfession, und sprachen unverständliche Dialekte oder anfangs gar kein Deutsch. Ihnen wurden Steuererleichterungen oder gar -befreiungen gewährt und Land zur Verfügung gestellt. Das weckte auch damals Neid und Ressentiments. Weitsichtige Politik aber führte letztlich zum Erfolg. Viele Eingewanderte haben bereits damals einen herausragenden Beitrag zur ~~wissenschaftlichen~~ wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburg bzw. des ~~Landes Brandenburg-~~ Preußen ~~späteren Preußen~~ geleistet. Daran wollen wir anknüpfen.

Begründung

Es gibt viele Parallelen zwischen den damaligen und heutigen Entwicklungen: Es gab Vorbehalte gegen "Wirtschaftsflüchtlingen" ebenso wie Befürchtungen, der neue Glaube der Zuwanderer könnte Schaden anrichten. Manche Dörfer mussten Teile ihrer Gemarkungen abtreten. Auch darauf sollte hingewiesen werden - aus Geschichte kann man lernen. Mit dem Hinweis auf diesen Teil unserer Geschichte lässt sich auch im Disput mit rechten Anschauungen punkten.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 17 - 18:

• ~~Jede Straftat~~ Jeder Fall von Hasskriminalität muss konsequent verfolgt und mit allen rechtstaatlichen Mitteln hart bestraft werden. Deswegen soll die polizeiliche Bearbeitung derartiger Fälle auf Dienststellen der standardisierten Bearbeitung (ZENTRAB) ausgeschlossen werden und die Verfahrenseinstellung durch die Staatsanwaltschaft darf nur der Ausnahmefall beim Vorliegen ganz besonderer Tatumstände sein.

Begründung

Die Forderung nach konsequenter Strafverfolgung ist bereits seit je her Bestandteil des sogenannten Strafverfolgungszwangs (Legalitätsprinzip) in der Strafprozessordnung. Die Forderung von etwas, was es bereits gibt, wirkt daher wenig inspiriert.

Die Forderung, Straftaten der Hasskriminalität - von der Beleidigung mit rassistischem Hintergrund, Körperverletzungen bis hin zur Volksverhetzung - aus der standardisierten Bearbeitung der ZENTRAB-Dienststellen auszuschließen und Verfahren durch die Staatsanwaltschaft nur in Ausnahmefällen einstellen zu lassen, macht dagegen politisch wirklich Sinn.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 17 - 18:

• ~~Jede Straftat~~ Jeder Fall von Hasskriminalität muss konsequent verfolgt und mit allen rechtstaatlichen Mitteln hart bestraft werden. Deswegen soll die polizeiliche Bearbeitung derartiger Fälle auf Dienststellen der standardisierten Bearbeitung (ZENTRAB) ausgeschlossen werden und die Verfahrenseinstellung durch die Staatsanwaltschaft darf nur der Ausnahmefall beim Vorliegen ganz besonderer Tatumstände sein.

Begründung

Die Forderung nach konsequenter Strafverfolgung ist bereits seit je her Bestandteil des sogenannten Strafverfolgungszwangs (Legalitätsprinzip) in der Strafprozessordnung. Die Forderung von etwas, was es bereits gibt, wirkt daher wenig inspiriert.

Die Forderung, Straftaten der Hasskriminalität - von der Beleidigung mit rassistischem Hintergrund, Körperverletzungen bis hin zur Volksverhetzung - aus der standardisierten Bearbeitung der ZENTRAB-Dienststellen auszuschließen und Verfahren durch die Staatsanwaltschaft nur in Ausnahmefällen einstellen zu lassen, macht dagegen politisch wirklich Sinn.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-Herwig Mascher

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 185 - 194:

Die Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. Diese In diesem Zusammenhang aufkommende Diskussionen über eine Entbürokratisierung des Baurechts aufgrund der besonderen Eile bei der Planung und Durchführung von Wohnbauprojekten dürfen aber nicht zu einer Absenkung von Standards zur Gefahrenvorbeugung (z.B. Brandschutz) und zur Erhöhung ~~kann nur ein Anfang sein. Es ist notwendig hier nach weiteren~~ Lösungender Energieeffizienz (Wärmedämmung) führen - letzteres würde langfristig zu noch höheren Kosten führen. Bei der Ausweisung neuer Wohngebiete und Neubebauung von Grundstücken sind auch weiterhin die Belange des Natur- und Umweltschutzes angemessen zu ~~suchen~~-beachten. Die Notwendigkeiten rascher Unterbringung der Zuwanderer darf nicht als Türöffner für Lobbyinteressen der Bau- und Immobilienbranchen fungieren!

Begründung

Vereinzelt kam es etwa in Berlin bereits im Zusammenhang mit Bauvorhaben zur Unterbringung von Flüchtlingen zu Verstößen gegen artenschutzrechtliche Bestimmungen und zur Inanspruchnahme von Parkanlagen und Grünflächen in Siedlungen. Dies führt zu Akzeptanzproblemen und ermöglicht interessierten Kreisen auch Angriffe auf die Glaubwürdigkeit nicht nur bündnisgrüner Akteure, sondern

auch auf Natur- und Umweltverbände, wenn diese sich nicht vor den rechten Karren spannen lassen wollen. Zudem ist es immer schwieriger, eine aufgehobene Regelung wieder "einzufangen", als Gesetzlichkeiten beizubehalten und ggf. im Einzelfall Ausnahmen zuzulassen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-Herwig Mascher

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 193 - 195:

~~Wir begrüßen es ausdrücklich, dass allein reisende Kinder~~ Die Kommunen, Kreise und Jugendliche sofort sozialpädagogisch von kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den ~~Jugendämtern~~ Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und dazu beauftragten freien Trägern begleitet werden. Hier hat ~~anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. In diesem Zusammenhang aufkommende Diskussionen über eine Entbürokratisierung des Baurechts aufgrund der~~ Bund ~~besonderen Eile bei der Planung und Durchführung von Wohnbauprojekten dürfen aber nicht zu einer Absenkung von Standards zur Gefahrenvorbeugung (z.B. Brandschutz) und zur Erhöhung der Energieeffizienz (Wärmedämmung) führen - letzteres würde langfristig zu noch höheren Kosten führen. Bei der Ausweisung neuer Wohngebiete und Neubebauung von Grundstücken sind auch weiterhin die~~ Finanzierung übernommen. Belange des Natur- und Umweltschutzes angemessen zu beachten. Die Notwendigkeiten rascher Unterbringung der Zuwanderer darf nicht als Türöffner für Lobbyinteressen der Bau- und Immobilienbranchen fungieren!

Begründung

Vereinzelt kam es etwa in Berlin bereits im Zusammenhang mit Bauvorhaben zur Unterbringung von Flüchtlingen zu Verstößen gegen artenschutzrechtliche Bestimmungen und zur Inanspruchnahme von

Parkanlagen und Grünflächen in Siedlungen. Dies führt zu Akzeptanzproblemen und ermöglicht interessierten Kreisen auch Angriffe auf die Glaubwürdigkeit nicht nur bündnisgrüner Akteure, sondern auch auf Natur- und Umweltverbände, wenn diese sich nicht vor den rechten Karren spannen lassen wollen. Zudem ist es immer schwieriger, eine aufgehobene Regelung wieder "einzufangen", als Gesetzlichkeiten beizubehalten und ggf. im Einzelfall Ausnahmen zuzulassen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-Herwig Mascher

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 167 - 174:

Die Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. Die im Zusammenhang mit der Eilbedürftigkeit der Errichtung neuer Wohnungen entstandene Debatte über eine Deregulierung des Planungs- und Baurechts darf auf keinen Fall zu einer Verringerung von Standards zur Gefahrenprävention (z.B. Brandschutz) und zu höherer Energieeffizienz (z.B. Wärmedämmung) führen. Ebenso darf es zu keinen Einschränkungen bei der Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Artenschutzes kommen.

Begründung

Vereinzelt kam es etwa in Berlin in Zusammenhang mit der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zur Beseitigung von Park- und Grünanlagen und zu einer Anzeige wegen der Zerstörung von Fledermausquartieren. Solches Vorgehen schafft nicht nur Akzeptanzprobleme bei den Anwohnern und der Bevölkerung allgemein, sondern erlaubt es menschenfeindlichen Propagandisten obendrein, Menschen- gegen Umweltschutz auszuspielen und Konflikte in die Umweltbewegung hineinzutragen. Für die Lobbyisten der Immobilien- und Baubranche darf sich zudem keine Möglichkeit ergeben, schon ewig angestrebte Deregulierungen mit vorgeschobenen "humanitären" Begründungen nun endlich durchzuboxen. Einmal aufgeweichte oder gestrichene Regelungen lassen sich schwerer wieder "einfangen" als in Einzelfällen vielleicht einmal begründbare Fallentscheidungen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 19 - 20:

• Auch Gewaltaufrufe und Fälle von Billigung von Straftaten in den sozialen Netzwerken müssen als Straftat verstanden und konsequent geahndet werden.

• Bei der Verfolgung derartiger Straftaten muss vor dem Hintergrund der vernehtzten Neonazi-Szene in Berlin und Brandenburg eine engere Zusammenarbeit der Brandenburger mit den Berliner Staatsschutzdienststellen vereinbart werden.

Begründung

Gewaltaufrufe im Internet sind größtenteils Straftaten, werden als solche jedoch häufig nicht erkannt oder toleriert und deswegen auch häufig genug nicht zur Anzeige gebracht.

Genauso widerlich, wie direkte Gewaltaufrufe, sind jedoch auch Fälle, in denen Gewalttätern im Netz Beifall gezollt wird. Beides ist im höchsten Maße verfolgungswürdig, weil solche Taten im Netz den Nährboden für tatsächliche Gewalttaten bereiten.

Die engere Zusammenarbeit der Polizeidienststellen beider Länder verspricht Synergieeffekte, weil sie die Bündelung von Verfahren gegen Mehrfachtäter erleichtert.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 19 - 20:

• Auch Gewaltaufrufe und Fälle von Billigung von Straftaten in den sozialen Netzwerken müssen als Straftat verstanden und konsequent geahndet werden.

• Bei der Verfolgung derartiger Straftaten muss vor dem Hintergrund der vernehtzten Neonazi-Szene in Berlin und Brandenburg eine engere Zusammenarbeit der Brandenburger mit den Berliner Staatsschutzdienststellen vereinbart werden.

Begründung

Gewaltaufrufe im Internet sind größtenteils Straftaten, werden als solche jedoch häufig nicht erkannt oder toleriert und deswegen auch häufig genug nicht zur Anzeige gebracht.

Genauso widerlich, wie direkte Gewaltaufrufe, sind jedoch auch Fälle, in denen Gewalttätern im Netz Beifall gezollt wird. Beides ist im höchsten Maße verfolgungswürdig, weil solche Taten im Netz den Nährboden für tatsächliche Gewalttaten bereiten.

Die engere Zusammenarbeit der Polizeidienststellen beider Länder verspricht Synergieeffekte, weil sie die Bündelung von Verfahren gegen Mehrfachtäter erleichtert.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-Herwig Mascher

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 185 - 194:

Die Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. ~~Diese Erhöhung kann nur ein Anfang sein. Es ist notwendig hier nach weiteren Lösungen~~Die im Zusammenhang mit der Eilbedürftigkeit der Errichtung neuer Wohnungen entstandene Debatte über eine Deregulierung des Planungs- und Baurechts darf auf keinen Fall zu ~~suchen~~ einer Verringerung von Standards zur Gefahrenprävention (z.B. Brandschutz) und zu höherer Energieeffizienz (z.B. Wärmedämmung) führen. Ebenso darf es zu keinen Einschränkungen bei der Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Artenschutzes kommen.

Begründung

Vereinzelt kam es etwa in Berlin in Zusammenhang mit der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zur Beseitigung von Park- und Grünanlagen und zu einer Anzeige wegen der Zerstörung von Fledermausquartieren. Solches Vorgehen schafft nicht nur Akzeptanzprobleme bei den Anwohnern und der Bevölkerung allgemein, sondern erlaubt es menschenfeindlichen Propagandisten obendrein, Menschen- gegen Umweltschutz auszuspielen und Konflikte in die Umweltbewegung hineinzutragen. Für die Lobbyisten der Immobilien- und Baubranche darf sich zuden keine Möglichkeit ergeben, schon ewig angestrebte Deregulierungen mit vorgeschobenen "humanitären" Begründungen nun endlich durchzuboxen. Einmal aufgeweichte oder gestrichene Regelungen lassen sich schwerer wieder

"einfangen" als in Einzelfällen vielleicht einmal begründbare Fallentscheidungen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-Herwig Mascher

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 193 - 195:

~~Wir begrüßen es ausdrücklich, dass allein reisende Kinder~~Die Kommunen, Kreise und ~~Jugendliche sofort sozialpädagogisch von den Jugendämtern und dazu beauftragten freien Trägern begleitet werden. Hier hat~~kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die Finanzierung übernommen.~~die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. Die im Zusammenhang mit der Eilbedürftigkeit der Errichtung neuer Wohnungen entstandene Debatte über eine Deregulierung des Planungs- und Baurechts darf auf keinen Fall zu einer Verringerung von Standards zur Gefahrenprävention (z.B. Brandschutz) und zu höherer Energieeffizienz (z.B. Wärmedämmung) führen. Ebenso darf es zu keinen Einschränkungen bei der Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Artenschutzes kommen.~~

Begründung

Vereinzelt kam es etwa in Berlin in Zusammenhang mit der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zur Beseitigung von Park- und Grünanlagen und zu einer Anzeige wegen der Zerstörung von Fledermausquartieren. Solches Vorgehen schafft nicht nur Akzeptanzprobleme bei den Anwohnern und der Bevölkerung allgemein, sondern erlaubt es menschenfeindlichen Propagandisten obendrein, Menschen- gegen Umweltschutz auszuspielen und Konflikte in die Umweltbewegung hineinzutragen.

Für die Lobbyisten der Immobilien- und Baubranche darf sich zudem keine Möglichkeit ergeben, schon ewig angestrebte Deregulierungen mit vorgeschobenen "humanitären" Begründungen nun endlich durchzuboxen. Einmal aufgeweichte oder gestrichene Regelungen lassen sich schwerer wieder "einfangen" als in Einzelfällen vielleicht einmal begründbare Fallentscheidungen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-Herwig Mascher

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 193 - 195:

~~Wir begrüßen es ausdrücklich, dass allein reisende Kinder~~Die Kommunen, Kreise und ~~Jugendliche sofort sozialpädagogisch von den Jugendämtern und dazu beauftragten freien Trägern begleitet werden. Hier hat~~kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die Finanzierung übernommen.~~die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. Die im Zusammenhang mit der Eilbedürftigkeit der Errichtung neuer Wohnungen entstandene Debatte über eine Deregulierung des Planungs- und Baurechts darf auf keinen Fall zu einer Verringerung von Standards zur Gefahrenprävention (z.B. Brandschutz) und zu höherer Energieeffizienz (z.B. Wärmedämmung) führen. Ebenso darf es zu keinen Einschränkungen bei der Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Artenschutzes kommen.~~

Begründung

Vereinzelt kam es etwa in Berlin in Zusammenhang mit der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zur Beseitigung von Park- und Grünanlagen und zu einer Anzeige wegen der Zerstörung von Fledermausquartieren. Solches Vorgehen schafft nicht nur Akzeptanzprobleme bei den Anwohnern und der Bevölkerung allgemein, sondern erlaubt es menschenfeindlichen Propagandisten obendrein, Menschen- gegen Umweltschutz auszuspielen und Konflikte in die Umweltbewegung hineinzutragen.

Für die Lobbyisten der Immobilien- und Baubranche darf sich zudem keine Möglichkeit ergeben, schon ewig angestrebte Deregulierungen mit vorgeschobenen "humanitären" Begründungen nun endlich durchzuboxen. Einmal aufgeweichte oder gestrichene Regelungen lassen sich schwerer wieder "einfangen" als in Einzelfällen vielleicht einmal begründbare Fallentscheidungen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 24 - 25:

- ~~• Auch • Auch Gewaltaufrufe und Fälle von Billigung von Straftaten in den sozialen Netzwerken müssen als Straftat verstanden und konsequent geahndet werden.~~

~~→ Bei der Verfolgung derartiger Straftaten muss vor dem Hintergrund der vernehtzten Neonazi-Szene in Berlin und Brandenburg eine engere Zusammenarbeit der Brandenburger mit den Berliner Staatsschutzdienststellen vereinbart werden.~~

Begründung

Gewaltaufrufe im Internet sind größtenteils Straftaten, werden als solche jedoch häufig nicht erkannt oder toleriert und deswegen auch häufig genug nicht zur Anzeige gebracht.

Genauso widerlich, wie direkte Gewaltaufrufe, sind jedoch auch Fälle, in denen Gewalttätern im Netz Beifall gezollt wird. Beides ist im höchsten Maße verfolgungswürdig, weil solche Taten im Netz den Nährboden für tatsächliche Gewalttaten bereiten.

Die engere Zusammenarbeit der Polizeidienststellen beider Länder verspricht Synergieeffekte, weil sie die Bündelung von Verfahren gegen Mehrfachtäter erleichtert.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 29 - 30:

- ~~• Auch Gewaltaufrufe und Fälle von Billigung von Straftaten in den sozialen Netzwerken müssen als Straftat verstanden und konsequent geahndet werden.~~

~~→ Bei der Verfolgung derartiger Straftaten muss vor dem Hintergrund der vernehtzten Neonazi-Szene in Berlin und Brandenburg eine engere Zusammenarbeit der Brandenburger mit den Berliner Staatsschutzdienststellen vereinbart werden.~~

Begründung

Gewaltaufrufe im Internet sind größtenteils Straftaten, werden als solche jedoch häufig nicht erkannt oder toleriert und deswegen auch häufig genug nicht zur Anzeige gebracht.

Genauso widerlich, wie direkte Gewaltaufrufe, sind jedoch auch Fälle, in denen Gewalttätern im Netz Beifall gezollt wird. Beides ist im höchsten Maße verfolgungswürdig, weil solche Taten im Netz den Nährboden für tatsächliche Gewalttaten bereiten.

Die engere Zusammenarbeit der Polizeidienststellen beider Länder verspricht Synergieeffekte, weil sie die Bündelung von Verfahren gegen Mehrfachäter erleichtert.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-herwig Mascher

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 76 - 84:

Es gibt aber auch deutliche Schattenseiten. Die Ausweitung der Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ ist vor dem Hintergrund der Menschenrechtssituation bestimmter Gruppen auf dem Balkan zynisch. Und den Vorschlag, auch noch die Türkei, im Augenblick fast schon ein Bürgerkriegsland, zu einem "sicheren Herkunftsland" zu erklären, können wir nur als nicht nachvollziehbar mit aller Entschiedenheit ablehnen. Wir bleiben dabei - jeder Einzelfall zählt. Jede und jeder Asylsuchende hat einen Anspruch darauf, dass ihr oder sein Schutzbedarf festgestellt wird. Gerade der Kosovo, für den noch vor kurzem ein NATO-Einsatz verlängert wurde, kann kaum als sicher gelten. Zudem belegen die Zahlen nicht, dass in den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ die Zahl der Asylanträge signifikant zurückgegangen wäre. Bloße Symbolpolitik lehnen wir ab.

Begründung

Diese findet sich derzeit täglich in den Medienberichten aus diesem Land - leider.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: GiesenS0

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 11 - 15:

Mit Sorge und Abscheu erleben wir, wie eine fremdenfeindliche Stimmungsmache sich ausbreitet, für die NPD, Pegida, AFD und Co. den Boden bereitet haben. In Nauen brannte die Sporthalle und in Cottbus gab es Fremdenfeindliche Übergriffe auf Studenten bzw. Ausländer. Wir sehen uns konfrontiert mit Hass und rechtem Terror, der gezielt Anschläge verübt und mit einer wachsenden Menge von Bürgern, die unter dem Vorwand, Sorgen zu haben, die Gewalt gegen Geflüchtete salonfähig macht.

Die breite Masse lehnt Fremdenfeindlichkeit ab, das zeigen die zahlreichen gegen Demonstrationen bzw. Kundgebungen. Bürger*innen stellen sich in fast allen Städten quer und zeigen das Rassismus kein Platz hat in ihren Heimatstädten.

Begründung

Zeile 12

Habe noch ergänzt aktuelle Ereignisse in Cottbus bei uns in der Region wird Fremdenhass Salonfähig gemacht durch BRaMM oder AfD.

Link:

<http://www.niederlausitz-aktuell.de/cottbus/item/55518-angriffe-auf-studenten-und-auslaender-in-cottbus-drei-verletzte-bei-messerattacke.html>

Nach Zeile 15

Habe noch was ergänzt das die meisten Bürger*innen nicht Fremdenfeindlich sind und sich dagegen stellen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: GiesenS0

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 11 - 15:

Mit Sorge und Abscheu erleben wir, wie eine fremdenfeindliche Stimmungsmache sich ausbreitet, für die NPD, Pegida, AFD und Co. den Boden bereitet haben. In Nauen brannte die Sporthalle und in Cottbus gab es Fremdenfeindliche Übergriffe auf Studenten bzw. Ausländer. Wir sehen uns konfrontiert mit Hass und rechtem Terror, der gezielt Anschläge verübt und mit einer wachsenden Menge von Bürgern, die unter dem Vorwand, Sorgen zu haben, die Gewalt gegen Geflüchtete salonfähig macht.

Die breite Masse lehnt Fremdenfeindlichkeit ab, das zeigen die zahlreichen gegen Demonstrationen bzw. Kundgebungen. Bürger*innen stellen sich in fast allen Städten quer und zeigen das Rassismus kein Platz hat in ihren Heimatstädten.

Begründung

Zeile 12

Habe noch ergänzt aktuelle Ereignisse in Cottbus bei uns in der Region wird Fremdenhass Salonfähig gemacht durch BRaMM oder AfD.

Link:

<http://www.niederlausitz-aktuell.de/cottbus/item/55518-angriffe-auf-studenten-und-auslaender-in-cottbus-drei-verletzte-bei-messerattacke.html>

Nach Zeile 15

Habe noch was ergänzt das die meisten Bürger*innen nicht Fremdenfeindlich sind und sich dagegen stellen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: GiesenS0

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 11 - 15:

Mit Sorge und Abscheu erleben wir, wie eine fremdenfeindliche Stimmungsmache sich ausbreitet, für die NPD, Pegida, AFD und Co. den Boden bereitet haben. In Nauen brannte die Sporthalle und in Cottbus gab es Fremdenfeindliche Übergriffe auf Studenten bzw. Ausländer. Wir sehen uns konfrontiert mit Hass und rechtem Terror, der gezielt Anschläge verübt und mit einer wachsenden Menge von Bürgern, die unter dem Vorwand, Sorgen zu haben, die Gewalt gegen Geflüchtete salonfähig macht.

Die breite Masse lehnt Fremdenfeindlichkeit ab, das zeigen die zahlreichen gegen Demonstrationen bzw. Kundgebungen. Bürger*innen stellen sich in fast allen Städten quer und zeigen das Rassismus kein Platz hat in ihren Heimatstädten.

Begründung

Zeile 12

Habe noch ergänzt aktuelle Ereignisse in Cottbus bei uns in der Region wird Fremdenhass Salonfähig gemacht durch BRaMM oder AfD.

Link:

<http://www.niederlausitz-aktuell.de/cottbus/item/55518-angriffe-auf-studenten-und-auslaender-in-cottbus-drei-verletzte-bei-messerattacke.html>

Nach Zeile 15

Habe noch was ergänzt das die meisten Bürger*innen nicht Fremdenfeindlich sind und sich dagegen stellen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heinz-Herwig Mascher

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 211 - 215:

Die Unterbringung einer den jeweiligen Verhältnissen angemessenen Anzahl von Flüchtlingen/Asylbewerbern in kleineren ~~Gemeinden~~Ortschaften hingegen sollte kein Tabu sein. Der Erhalt der Kita oder Schule im Dorf, der Arzt, der Supermarkt um die Ecke oder der Bus in die Stadt - das Beispiel Golzow, wo der Bürgermeister mit Hilfe von Flüchtlingsfamilien den Schulstandort sicherte, zeigt, dass viele kleinere ~~Gemeinden~~Dörfer und Siedlungen in den ländlichen Räumen vom Zuzug profitieren könnten.

Begründung

Kleinere Dorfgemeinden sind in Brandenburg inzwischen eine Ausnahme, aber auch in die nächste Stadt eingemeindete Dörfer können von Zuwanderung profitieren. Allerdings muss der Ort noch in der Lage sein, die neuen Bewohner in die Dorfgemeinschaft zu integrieren - und das geht nur, wenn die Zahl der Zuzügler in einer angemessenen Proportion zur Gesamt-Einwohnerzahl steht. Alles andere weckt nur Ängste, und auch den Asylbewerbern etc. ist nicht gedient, wenn Kontakte vor Ort zu Einheimischen nicht möglich sind, weil einfach zu wenig Einheimische da sind.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: GiesenS0

Gegenstand: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!

Im Absatz von Zeile 35 - 39:

- Wir Grüne unterstützen die vielen Menschen, die sich vor Ort in Willkommensinitiativen für Geflüchtete und gegen Rechtsextremismus engagieren. Mit unserer Fotoaktion "Wir zeigen Gesicht" setzen wir heute ein Zeichen gegen ~~Fremdenfeindlichkeit und~~ Fremdenfeindlichkeit, gegen Rassismus und zeigen, dass wir uns nicht verstecken ~~und~~ bzw. uns nicht einschüchtern lassen!

Begründung

Zeile 38 / 39

Zu viel das Wort und.

Ä30 zu L1neu

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 169 - 181:
Neu hinzufügen:

Derzeit noch völlig unerschlossen als Notunterkünfte für Flüchtlinge sind leerstehende Bahnhöfe der Deutschen Bahn. Wir ermutigen die Bahn dazu, in Ausübung ihrer Verantwortung als staatliches Unternehmen geeignet erscheinende Immobilien zu ertüchtigen und den Landkreisen offensiv anzubieten.

Begründung

Der Text spricht für sich selber. es kann und darf nicht sein, dass die kommunen Kopfstände vollziehen und die letzte Turnhalle mobilisieren und bei der Bahn stehen hunderte nutzbare Gebäude leer.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 176 - 179:

~~Die Unterbringung der Flüchtlinge~~ So wichtig es ist, den Flüchtlingen erstmal wenigstens ein Dach über dem Kopf anbieten zu können, so stellt die Kommunen derzeit vor große Herausforderungen. Hotels und diese Form der Unterbringung doch nur eine kurzfristige Perspektive dar. Die Zelte sind schlecht beheizbar, Sporthallen können nicht dauerhaft umfunktioniert werden, denn sie werden zu für Sportunterricht und Vereinssport benötigt. Zudem birgt die räumliche Enge in vielen Unterkünften ein hohes Konfliktpotential, es fehlt jegliche Privatsphäre. Auch in Notunterkünften umfunktioniert, Zeltstädte, Tragfluthallen, Leichtbauhallen müssen ausreichend Duschen und Toiletten vorhanden sein, und es muss Spielmöglichkeiten für Kinder und Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwachsene geben. Auch in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen folgende Mindeststandards eingehalten werden: Unterbringung alleinstehender Frauen nur in Unterkünften, die überwiegend von Familien belegt sind, Rückzugsmöglichkeiten für schwangere und stillende Frauen, Sozial- und Konfliktberatung vor Ort statt Trennung nach Herkunftsländern oder Religion.

Derzeit noch völlig unerschlossen als Notunterkünfte für Flüchtlinge sind leerstehende Bahnhöfe der Deutschen Bahn. Wir ermutigen die Bahn dazu, in Ausübung ihrer Verantwortung als staatliches Unternehmen geeignet erscheinende Immobilien zu ertüchtigen und Containerdörfer entstehen kurzfristig im ganzen Land. den Landkreisen offensiv anzubieten.

Begründung

Der Text spricht für sich selber. es kann und darf nicht sein, dass die kommunen Kopfstände vollziehen und die letzte Turnhalle mobilisieren und bei der Bahn stehen hunderte nutzbare Gebäude leer.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Thomas Dyhr

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 176 - 179:

~~Die Unterbringung der Flüchtlinge~~ So wichtig es ist, den Flüchtlingen erstmal wenigstens ein Dach über dem Kopf anbieten zu können, so stellt die Kommunen derzeit vor große Herausforderungen. Hotels und diese Form der Unterbringung doch nur eine kurzfristige Perspektive dar. Die Zelte sind schlecht beheizbar, Sporthallen können nicht dauerhaft umfunktioniert werden, denn sie werden zu für Sportunterricht und Vereinssport benötigt. Zudem birgt die räumliche Enge in vielen Unterkünften ein hohes Konfliktpotential, es fehlt jegliche Privatsphäre. Auch in Notunterkünften umfunktioniert, Zeltstädte, Tragfluthallen, Leichtbauhallen müssen ausreichend Duschen und Toiletten vorhanden sein, und es muss Spielmöglichkeiten für Kinder und Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwachsene geben. Auch in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen folgende Mindeststandards eingehalten werden: Unterbringung alleinstehender Frauen nur in Unterkünften, die überwiegend von Familien belegt sind, Rückzugsmöglichkeiten für schwangere und stillende Frauen, Sozial- und Konfliktberatung vor Ort statt Trennung nach Herkunftsländern oder Religion.

Derzeit noch völlig unerschlossen als Notunterkünfte für Flüchtlinge sind leerstehende Bahnhöfe der Deutschen Bahn. Wir ermutigen die Bahn dazu, in Ausübung ihrer Verantwortung als staatliches Unternehmen geeignet erscheinende Immobilien zu ertüchtigen und Containerdörfer entstehen kurzfristig im ganzen Land. den Landkreisen offensiv anzubieten.

Begründung

Der Text spricht für sich selber. es kann und darf nicht sein, dass die kommunen Kopfstände vollziehen und die letzte Turnhalle mobilisieren und bei der Bahn stehen hunderte nutzbare Gebäude leer.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Annalena Baerbock

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 85 - 89:

Wir sind uns bewusst, dass angesichts der Situation und der politischen Debatte in Deutschland weitere schwierige Kompromisse in Flüchtlingsfragen mit SPD und den Unionsparteien auf die grünmitregierten Länder und damit auf die Partei zukommen werden. ~~Aus diesem Grund machen wir an dieser Stelle deutlich, dass~~Maßstab bleiben für uns aber nach wie vor die Menschenrechte und das Grundgesetz. Daher ist für uns auch die Debatte über eine mengenmäßige Deckelung~~Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht sinnföhrnd, denn sie steht im absoluten Widerspruch des Asylrechts im der Allgemeinen Erklärung für uns völlig inakzeptabel ist.~~Menschenrechte und im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Annalena Baerbock

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 89 - 93:

Wir sind uns bewusst, dass angesichts der Situation und der politischen Debatte in Deutschland weitere schwierige Kompromisse in Flüchtlingsfragen mit SPD und den Unionsparteien auf die grünmitregierten Länder und damit auf die Partei zukommen werden. ~~Aus diesem Grund machen wir an dieser Stelle deutlich, dass~~Maßstab bleiben für uns aber nach wie vor die Menschenrechte und das Grundgesetz. Daher ist für uns auch die Debatte über eine mengenmäßige Deckelung~~Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht sinnföhrnd, denn sie steht im absoluten Widerspruch des Asylrechts im der Allgemeinen Erklärung für uns völlig inakzeptabel ist.~~Menschenrechte und im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Annalena Baerbock

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 96 - 100:

~~Die Verkürzung~~Wir sind uns bewusst, dass angesichts der ~~Rechtsmittelfristen gegen Entscheidungen des Bundesamtes~~Situation und der politischen Debatte in Deutschland weitere schwierige Kompromisse in Flüchtlingsfragen mit SPD und den Unionsparteien auf ~~eine Woche~~die grünmitregierten Länder und damit auf die ~~im Gesetz festgeschriebene sofortige Vollziehung~~Partei zukommen werden. Maßstab bleiben für ~~aufenthaltsbeendende Maßnahmen hebeln den Rechtsschutz aus~~uns aber nach wie vor die Menschenrechte und ~~schaffen Fakten, bevor~~das Grundgesetz. Daher ist für uns auch die Debatte über eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht sinnföhrnd, denn sie steht im absoluten Widerspruch des im der ~~Rechtsschutz wirkungsvoll greifen kann. Wir sehen darin einen Verstoß gegen Art. 19 Abs. 4 GG.~~Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte und im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Annalena Baerbock

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 335 - 347:

Neu hinzufügen:

Für Schulen, an denen aufgrund einer zu geringen Zahl von geflüchteten Kindern keine Integrationsklassen eingerichtet werden, gilt es die Personalstundenzahl aufzustocken, um individuelle Sprachförderung durch die Lehrkräfte vor Ort zu ermöglichen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Annalena Baerbock

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 384 - 391:

Neu hinzufügen:

Wir machen uns in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen dafür stark, dass unsere Verwaltungen die ehrenamtlichen Aktivitäten offensiv unterstützen. Dazu gehört es öffentliche Räume für Sprachkurse und andere Aktivitäten zur Verfügung zu stellen, aber auch Patenschaftsprogramme, Spendenvermittlung und Sprachangebote zu unterstützen und bei Bedarf zu koordinieren.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Uwe Fröhlich

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 85 - 89:
Neu hinzufügen:

Uwe Fröhlich, KV Potsdam, Bitte ergänzen:

Das unzureichende Ergebnis des Asylkompromisses vom Herbst 2015 kann nur ein weiterer Anfang für einen nächsten Verhandlungsprozess sein. Das individuelle Grundrecht auf Asyl muss erhalten bleiben. Die nächsten Forderungen sollen einerseits nicht das Asylrecht in Frage stellen, und andererseits den Weg zu einem Einwanderungs- und einem Landesintegrationsgesetz aufzeigen. Folgerichtig muss dann das Asylbewerberleistungsgesetz endlich abgeschafft werden und die Versorgung der Menschen ins Sozialgesetzbuch SGB überführt werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Annalena Baerbock

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 303 - 315:
Neu hinzufügen:

Die Landesregierung muss sich über eine Bundesratsinitiative dafür stark machen, dass es endlich Planungs- bzw. Rechtssicherheit für Betriebe gibt, die Flüchtlinge ausbilden wollen. Im Zuge einer „3 plus 2“ Regelung muss sichergestellt werden, dass es keine Abschiebung während der dreijährigen Ausbildung und den sich anschließenden beiden Beschäftigungsjahren gibt. Dies ist nicht nur im Interesse der Flüchtlinge, sondern auch Unternehmensverbände und Kammern drängen darauf, die Möglichkeiten zur Ausbildung von Flüchtlingen, auch wenn ihr Asylverfahren noch läuft, zu vereinfachen und für Planungssicherheit zu sorgen. Allein im IHK-Bezirk Potsdam - zu dem neben der Landeshauptstadt Potsdam die Stadt Brandenburg an der Havel und die Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel, Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming gehören - stehen für das aktuelle Jahr noch 1.064 freie Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 146 - 146:

Flüchtlinge menschenwürdig ~~unterbringen und~~ unterbringen,
Wohnungsbauprogramm ~~auflegen~~ auflegen und Heimat schaffen

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

PS: Ich lass mir den schönen und höchst integrativen Begriff der Heimat nicht durch tümelnde Idioten wegnehmen!

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 164 - 164:

Flüchtlinge menschenwürdig ~~unterbringen und~~ unterbringen,
Wohnungsbauprogramm ~~auflegen~~ auflegen und Heimat schaffen

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

PS: Ich lass mir den schönen und höchst integrativen Begriff der Heimat nicht durch tümelnde Idioten wegnehmen!

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 168 - 174:

~~Wir fordern die Einrichtung einer dauerhaften Erstaufnahme in Potsdam als zweite Erstaufnahme neben Eisenhüttenstadt. Im Vergleich zu anderen Standorten der Erstaufnahme im Land hat Potsdam von der Infrastruktur, bei der Unterstützung durch Freiwillige~~Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen, Wohnungsbauprogramm auflegen und der sozialen Betreuung erhebliche Vorteile. So können das große, freiwillige Engagement und die Willkommenskultur der städtischen Gesellschaft genutzt werden. Das schwierige Thema rückt ins urbane Zentrum des Landes, wo es hingehört.Heimat schaffen

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

PS: Ich lass mir den schönen und höchst integrativen Begriff der Heimat nicht durch tümelnde Idioten wegnehmen!

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 168 - 174:

~~Wir fordern die Einrichtung einer dauerhaften Erstaufnahme in Potsdam als zweite Erstaufnahme neben Eisenhüttenstadt. Im Vergleich zu anderen Standorten der Erstaufnahme im Land hat Potsdam von der Infrastruktur, bei der Unterstützung durch Freiwillige~~Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen, Wohnungsbauprogramm auflegen und der sozialen Betreuung erhebliche Vorteile. So können das große, freiwillige Engagement und die Willkommenskultur der städtischen Gesellschaft genutzt werden. Das schwierige Thema rückt ins urbane Zentrum des Landes, wo es hingehört.Heimat schaffen

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

PS: Ich lass mir den schönen und höchst integrativen Begriff der Heimat nicht durch tümelnde Idioten wegnehmen!

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 175 - 175:

Flüchtlinge menschenwürdig ~~unterbringen und~~ unterbringen,
Wohnungsbauprogramm ~~auflegen~~ auflegen und Heimat schaffen

Begründung

Es geht um mehr als Aufnahme, Begleitung und Integration der Flüchtlinge. Es geht die Schaffung lebenswerter Räume auch in Zeiten grosser Herausforderungen. Denn ohne lebenswerter Dörfer, Städte und Landschaften wird Integration nicht gelingen. Heimat, sei es als Geburtsort und Ort der Kindheit oder als Wahlheimat, freiwillig oder unfreiwillig, ist die grösstmögliche Integration in allen Lebensbereichen. Wer sagt "Das ist meine (neue) Heimat", der ist angekommen. Wer sagt, "Hau ab, das ist meine Heimat" hat seine Heimat schon verloren, denn in einer Welt von 7,3 Milliarden Menschen ist Segregation das schlimmste, was man letztlich auch für sich selbst machen kann. Wer sagt: "Schau her, das ist meine Heimat, auch Du kannst hier leben" beweist die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner eigenen Kultur. Und Stärke einer Kultur ist auch immer ihre Stärke zur Transformation. Unveränderliche Kulturen, sind tote Kulturen.

Heimat ist die Zusammenfassung allen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen für ein friedliches und erfüllendes Zusammenleben aller Menschen. Der Zerstörung von Heimaten in vielen Teilen der Welt müssen wir uns und denen, die da kommen, eine neue Heimat entgegensetzen, nur dann werden wir die Aufgabe meistern. Nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für uns. Es geht bei den Auseinandersetzungen in der Flüchtlingsfrage um unsere Heimat! Wenn wir es schaffen Heimat zu bauen, wird unsere Gesellschaft gewinnen und zwar sehr, sehr viel!

Siehe auch:

<http://www.welt.de/148027321>

<http://derarchitektbda.de/baut-ihnen-heimat/>

PS: Ich lass mir den schönen und höchst integrativen Begriff der Heimat nicht durch tümelnde Idioten wegnehmen!

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 167 - 174:
Neu hinzufügen:

Gleichzeitig wird jetzt offenbar, dass Planungs- und Baukompetenz in den Städten und Gemeinden fehlt. Leerstehender Wohnraum und ungenutzte Flächen in Innenbereich bieten ausreichend Potenzial für die Entwicklung dezentraler Standorte. Gerade in Brandenburg besteht kein Anlass Neubauf Flächen auf der grünen Wiese auszuweisen. Gute Planung und Nutzung aller Möglichkeiten des Baugesetzbuches ermöglichen eine zügige und städtebaulich verträgliche Nachverdichtung. Um jetzt schnell winterfeste Kapazitäten zu schaffen, sind bei Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, die nur für einen definierten Zeitraum errichtet und genutzt werden, erleichterte Standards im Baurecht oder bei der Energieeinsparung gerechtfertigt. Ausgenommen sind Vorschriften zum Brandschutz. Eine Absenkung von Standards im Wohnungsbau lehnen wir hingegen hier ab, denn wir wollen keinen Zwei-Klassen-Wohnungsbau. Wir fordern daher eine schnelle Aufstockung der Planungs- und Bauämter um die bereitgestellten Mittel städtebaulich angemessen und zu Vorteil der Entwicklung des Ortes umsetzen zu können.

Begründung

Der Mangel an Planungs- und Baukompetenz für schon jetzt zu Wildwuchs und unnötigen Flächenverbrauch und Verschandelungen. Damit ist aber auch die Akzeptanz solchen Einrichtungen gefährdet. Ferner können diese schell und gedankenlos errichteten Unterkünfte kaum nachgenutzt werden. Das erzeugt künftig hohe Kosten, die dann vermutlich die Kommunen tragen müssen. Bessere und kompetentere Planung kann hier Abhilfe schaffen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 185 - 194:

Die Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht. ~~Diese Erhöhung kann~~

Gleichzeitig wird jetzt offenbar, dass Planungs- und Baukompetenz in den Städten und Gemeinden fehlt. Leerstehender Wohnraum und ungenutzte Flächen in Innenbereich bieten ausreichend Potenzial für die Entwicklung dezentraler Standorte. Gerade in Brandenburg besteht kein Anlass Neubauf Flächen auf der grünen Wiese auszuweisen. Gute Planung und Nutzung aller Möglichkeiten des Baugesetzbuches ermöglichen eine zügige und städtebaulich verträgliche Nachverdichtung. Um jetzt schnell winterfeste Kapazitäten zu schaffen, sind bei Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, die nur ~~ein Anfang sein. Es ist notwendig~~ für einen definierten Zeitraum errichtet und genutzt werden, erleichterte Standards im Baurecht oder bei der Energieeinsparung gerechtfertigt. Ausgenommen sind Vorschriften zum Brandschutz. Eine Absenkung von Standards im Wohnungsbau lehnen wir hingegen hier ~~nach weiteren Lösungen~~ ab, denn wir wollen keinen Zwei-Klassen-Wohnungsbau. Wir fordern daher eine schnelle Aufstockung der Planungs- und Bauämter um die bereitgestellten Mittel städtebaulich angemessen und zu Vorteil der Entwicklung des Ortes umsetzen zu ~~suchen~~-können.

Begründung

Der Mangel an Planungs- und Baukompetenz führt schon jetzt zu Wildwuchs und unnötigen Flächenverbrauch und Verschwendungen. Damit ist aber auch die Akzeptanz solcher Einrichtungen gefährdet. Ferner können diese schnell und gedankenlos errichteten Unterkünfte kaum nachgenutzt werden. Das erzeugt künftig hohe Kosten, die dann vermutlich die Kommunen tragen müssen. Bessere und kompetentere Planung kann hier Abhilfe schaffen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 193 - 195:

~~Wir begrüßen es ausdrücklich, dass allein reisende Kinder~~Die Kommunen, Kreise und Jugendliche sofort sozialpädagogisch~~kreisfreien Städte stehen~~jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht.

~~Gleichzeitig wird jetzt offenbar, dass Planungs- und Baukompetenz in den Jugendämtern~~Städten und dazu beauftragten freien Trägern begleitet werden. Hier hat~~Gemeinden fehlt. Leerstehender Wohnraum und ungenutzte Flächen in Innenbereich bieten ausreichend Potenzial für die Entwicklung dezentraler Standorte. Gerade in Brandenburg besteht kein Anlass Neubauf Flächen auf der Bundgrünen Wiese auszuweisen. Gute Planung und Nutzung aller Möglichkeiten des Baugesetzbuches ermöglichen eine zügige und städtebaulich verträgliche Nachverdichtung. Um jetzt schnell winterfeste Kapazitäten zu schaffen, sind bei Erstaufnahme~~einrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, die Finanzierung übernommen, nur für einen definierten Zeitraum errichtet und genutzt werden, erleichterte Standards im Baurecht oder bei der Energieeinsparung gerechtfertigt. Ausgenommen sind Vorschriften zum Brandschutz. Eine Absenkung von Standards im Wohnungsbau lehnen wir hingegen hier ab, denn wir wollen keinen Zwei-Klassen-Wohnungsbau. Wir fordern daher eine schnelle Aufstockung der Planungs- und Bauämter um die bereitgestellten Mittel städtebaulich angemessen und zu Vorteil der

Entwicklung des Ortes umsetzen zu können.

Begründung

Der Mangel an Planungs- und Baukompetenz führt schon jetzt zu Wildwuchs und unnötigen Flächenverbrauch und Verschwendungen. Damit ist aber auch die Akzeptanz solcher Einrichtungen gefährdet. Ferner können diese schnell und gedankenlos errichteten Unterkünfte kaum nachgenutzt werden. Das erzeugt künftig hohe Kosten, die dann vermutlich die Kommunen tragen müssen. Bessere und kompetentere Planung kann hier Abhilfe schaffen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 193 - 195:

~~Wir begrüßen es ausdrücklich, dass allein reisende Kinder~~Die Kommunen, Kreise und Jugendliche sofort sozialpädagogisch~~kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden bereits~~ von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht.

~~Gleichzeitig wird jetzt offenbar, dass Planungs- und Baukompetenz in den Jugendämtern~~Städten und dazu beauftragten freien Trägern begleitet werden. Hier hat~~Gemeinden fehlt. Leerstehender Wohnraum und ungenutzte Flächen in Innenbereich bieten ausreichend Potenzial für die Entwicklung dezentraler Standorte. Gerade in Brandenburg besteht kein Anlass Neubaupläne auf der Bundgrünen Wiese auszuweisen. Gute Planung und Nutzung aller Möglichkeiten des Baugesetzbuches ermöglichen eine zügige und städtebaulich verträgliche Nachverdichtung. Um jetzt schnell winterfeste Kapazitäten zu schaffen, sind bei Erstaufnahme~~einrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, die Finanzierung übernommen, nur für einen definierten Zeitraum errichtet und genutzt werden, erleichterte Standards im Baurecht oder bei der Energieeinsparung gerechtfertigt. Ausgenommen sind Vorschriften zum Brandschutz. Eine Absenkung von Standards im Wohnungsbau lehnen wir hingegen hier ab, denn wir wollen keinen Zwei-Klassen-Wohnungsbau. Wir fordern daher eine schnelle Aufstockung der Planungs- und Bauämter um die bereitgestellten Mittel städtebaulich angemessen und zu Vorteil der

Entwicklung des Ortes umsetzen zu können.

Begründung

Der Mangel an Planungs- und Baukompetenz führt schon jetzt zu Wildwuchs und unnötigen Flächenverbrauch und Verschwendungen. Damit ist aber auch die Akzeptanz solcher Einrichtungen gefährdet. Ferner können diese schnell und gedankenlos errichteten Unterkünfte kaum nachgenutzt werden. Das erzeugt künftig hohe Kosten, die dann vermutlich die Kommunen tragen müssen. Bessere und kompetentere Planung kann hier Abhilfe schaffen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 216 - 222:
Neu hinzufügen:

Unsere Städte und Dörfer müssen Heimat für alle dauerhaft hier lebenden Menschen werden, wollen wir destruktive Konflikte vermeiden. Heimat braucht lebenswerte Räume und keine Aufbewahrungscontainer im Niemandsland, daher ist qualitätsvolles Planen und Bauen kein Luxus sondern Voraussetzung für ein friedliches und erfülltes Zusammenleben. Wir besitzen alle hierzu notwendigen Instrumente, wir sollten sie nutzen.

Begründung

Hier will ich zunächst den ÄA26 von Heinz Werwig ausdrücklich unterstützen. Wir dürfen der Lobby der Bauwirtschaft, die nur schell abkassieren will, nicht auf den Leim gehen. Qualität ist eine wichtige Grundlage für Integration und Akzeptanz.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 237 - 243:
Neu hinzufügen:

Unsere Städte und Dörfer müssen Heimat für alle dauerhaft hier lebenden Menschen werden, wollen wir destruktive Konflikte vermeiden. Heimat braucht lebenswerte Räume und keine Aufbewahrungscontainer im Niemandsland, daher ist qualitätsvolles Planen und Bauen kein Luxus sondern Voraussetzung für ein friedliches und erfülltes Zusammenleben. Wir besitzen alle hierzu notwendigen Instrumente, wir sollten sie nutzen.

Begründung

Hier will ich zunächst den ÄA26 von Heinz Werwig ausdrücklich unterstützen. Wir dürfen der Lobby der Bauwirtschaft, die nur schell abkassieren will, nicht auf den Leim gehen. Qualität ist eine wichtige Grundlage für Integration und Akzeptanz.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 243 - 249:

~~Die Unterbringung einer den jeweiligen Verhältnissen angemessenen Anzahl~~ Wir unterstützen die Einrichtung von ~~Flüchtlingen/Asylbewerbern in kleineren Ortschaften hingegen sollte kein Tabu sein. Der Erhalt der Kita oder Schule~~ kreislichen Förderprogrammen für die Bereitstellung privaten Wohnraums für Flüchtlinge wie beispielsweise im ~~Dorf, der Arzt, der Supermarkt um die Ecke oder der Bus~~ Landkreis Potsdam-Mittelmark, wo in ~~die Stadt — das Beispiel Golzow, wo~~ diesem Jahr 200.000 Euro bereitgestellt werden sollen. Dort ist geplant, maximal fünfzig Prozent der ~~Bürgermeister mit Hilfe von Flüchtlingsfamilien den Schulstandort sicherte, zeigt, dass viele kleinere~~ Sanierungskosten zu erstatten. Für Wohnungen bis fünfundsiebzehn Quadratmeter Größe werden bis zu 10.000 Euro übernommen, bis neunzig Quadratmeter 20.000 Euro. Die Zahlung pro Bauherr wird auf höchstens 50.000 Euro begrenzt.

Unsere Städte und Dörfer müssen Heimat für alle dauerhaft hier lebenden Menschen werden, wollen wir destruktive Konflikte vermeiden. Heimat braucht lebenswerte Räume und Siedlungen in den ländlichen Räumen vom Zuzug profitieren könnten. keine Aufbewahrungscontainer im Niemandsland, daher ist qualitätsvolles Planen und Bauen kein Luxus sondern Voraussetzung für ein friedliches und erfülltes Zusammenleben. Wir besitzen alle hierzu notwendigen Instrumente, wir sollten sie nutzen.

Begründung

Hier will ich zunächst den ÄA26 von Heinz Werwig ausdrücklich unterstützen. Wir dürfen der Lobby der Bauwirtschaft, die nur schell abkassieren will, nicht auf den Leim gehen. Qualität ist eine wichtige

Grundlage für Integration und Akzeptanz.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 243 - 249:

~~Die Unterbringung einer den jeweiligen Verhältnissen angemessenen Anzahl~~Wir unterstützen die Einrichtung von ~~Flüchtlingen/Asylbewerbern in kleineren Ortschaften hingegen sollte kein Tabu sein. Der Erhalt der Kita oder Schule~~kreislichen Förderprogrammen für die Bereitstellung privaten Wohnraums für Flüchtlinge wie beispielsweise im ~~Dorf, der Arzt, der Supermarkt um die Ecke oder der Bus~~Landkreis Potsdam-Mittelmark, wo in ~~die Stadt~~das Beispiel Golzow, wo~~diesem Jahr 200.000 Euro bereitgestellt werden sollen. Dort ist geplant, maximal fünfzig Prozent~~ der ~~Bürgermeister mit Hilfe von Flüchtlingsfamilien den Schulstandort sicherte, zeigt, dass viele kleinere~~Sanierungskosten zu erstatten. Für Wohnungen bis fünfundsiebzehn Quadratmeter Größe werden bis zu 10.000 Euro übernommen, bis neunzig Quadratmeter 20.000 Euro. Die Zahlung pro Bauherr wird auf höchstens 50.000 Euro begrenzt.

Unsere Städte und Dörfer müssen Heimat für alle dauerhaft hier lebenden Menschen werden, wollen wir destruktive Konflikte vermeiden. Heimat braucht lebenswerte Räume und Siedlungen in den ländlichen Räumen vom Zuzug profitieren könnten. keine Aufbewahrungscontainer im Niemandsland, daher ist qualitätsvolles Planen und Bauen kein Luxus sondern Voraussetzung für ein friedliches und erfülltes Zusammenleben. Wir besitzen alle hierzu notwendigen Instrumente, wir sollten sie nutzen.

Begründung

Hier will ich zunächst den ÄA26 von Heinz Werwig ausdrücklich unterstützen. Wir dürfen der Lobby der Bauwirtschaft, die nur schell abkassieren will, nicht auf den Leim gehen. Qualität ist eine wichtige

Grundlage für Integration und Akzeptanz.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heiner Klemp

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

Das 21. Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Flüchtlinge. Derzeit sind weltweit fast 60 Millionen Menschen innerhalb oder außerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat es nicht mehr so viele ~~Vertriebene gegeben.~~ Menschen gegeben, die ihre Heimat verlassen mussten. Sie suchen Schutz vor Krieg, Verfolgung und existentieller Not.

Begründung

Vertriebene ist in diesem Kontext der falsche Begriff. Er beschwört eine Diskussion herauf, die zu führen es Wert wäre, die aber im Beschlusstext nicht geführt wird. So steht der Begriff Vertriebene für Menschen, denen Gewalt angedroht wird, wenn sie ihr Heimatland nicht verlassen. Die Geflüchteten unserer Tage flüchten vor Gewalt und Verfolgung in ihrem Land, die aber nicht explizit darauf ausgerichtet ist, sie außer Landes zu treiben.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Heiner Klemp

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 303 - 315:

Wir begrüßen es, dass Flüchtlinge ~~mit Bleibeperspektive~~ in Zukunft schneller die Chance erhalten sollen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und dass Zuwanderer während der Aus- oder Weiterbildung und für weitere zwei Jahre darüber hinaus einen sicheren Aufenthaltsstatus erlangen sollen. Gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit gilt es Programme zu entwickeln, wie Flüchtlinge möglichst schnell ins Erwerbsleben integriert werden können. Schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen sollten Beratungsgespräche stattfinden, um die Erfahrungen, Kompetenzen und Qualifikationen zu erkennen, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen und Job- oder Fortbildungsangebote zu unterbreiten. Ausländische Abschlüsse sollten unbürokratisch anerkannt werden, um den Zugang zur Erwerbsarbeit zu erleichtern. Denn Brandenburg verzeichnet bereits jetzt in vielen Bereichen einen großen Fachkräftemangel, vor allem im Handwerk und in der Pflege.

Begründung

Wir sollten uns der verbreiteten Unterteilung der Geflüchteten in gute und böse Flüchtlinge nicht anschließen. Ob ein Flüchtling eine Bleibeperspektive hat oder nicht kann nicht anhand von Anerkennungsquoten oder politisch motivierten Beschlüssen über angeblich sichere Länder entschieden werden, sondern ausschließlich über eine Prüfung des Einzelfalls. Eine Vorab-Einstufung verbietet sich.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Wolfgang Seelbach

Gegenstand: **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

Im Absatz von Zeile 203 - 210:

Wir wollen weiterhin bei der Planung neuer Unterkünfte eine dezentrale Unterbringung in kleineren Einheiten ~~(bis achtzig Menschen)~~ oder in Wohnungen. Zu große Not- und Gemeinschaftsunterkünfte ~~mit mehr als hundert Plätzen~~ tragen nicht zur Akzeptanz der Bevölkerung bei und behindern die Integration. Es gibt immer mehr Menschen, die bereit sind, Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten oder sie sogar in ihren Privatwohnungen oder Häusern aufzunehmen. Die private Unterbringung von Flüchtlingen ist eine gute Alternative und muss erleichtert und entbürokratisiert werden.

Begründung

Angesichts der aktuellen und erwarteten Flüchtlingszahlen sollten wir auf konkrete Zahlen "80" und "100" als Obergrenzen für Not- und Gemeinschaftsunterkünfte verzichten. Diese Empfehlungen wurden von den Grünen getroffen, als wir noch von einer ganz anderen Situation ausgingen. Auch die Bundesländer, in denen die Grünen mitregieren, können diese Vorgaben nicht halten.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Wolfgang Seelbach

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 22 - 29:

~~-Wir wollen zur breiteren Stärkung Baukultur und Förderung Denkmalschutz sollen Bestandteil der Baukultur und des Denkmalschutzes die kulturelle kulturellen Bildung in alle Schulen und in die Erwachsenenbildung tragen. Ziel ist es das Bewusstsein für die Bedeutung der Baukultur für unsere Lebensqualität nicht nur punktuell an ausgewählten Schulen, sondern im ganzen Land zu stärken. Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller allen Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität. sein (Beispielprojekt "Die Stadtentdecker", [www.schule.ak-brandenburg.de](http://www.ak-brandenburg.de)) <http://www.ak-brandenburg.de/content/die-stadtentdecker>)~~

Begründung

In der kurzen Formulierung habe ich das aus meiner Sicht wesentliche Anliegen des Antragstellers zusammengefasst. Die Formulierung "**Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität.**" ist missverständlich und unterstellt, dass es keinen Kunst- und Musikunterricht gibt.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Wolfgang Seelbach

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 22 - 29:

~~-Wir wollen zur breiteren Stärkung Baukultur und Förderung Denkmalschutz sollen Bestandteil der Baukultur und des Denkmalschutzes die kulturelle kulturellen Bildung in alle Schulen und in die Erwachsenenbildung tragen. Ziel ist es das Bewusstsein für die Bedeutung der Baukultur für unsere Lebensqualität nicht nur punktuell an ausgewählten Schulen, sondern im ganzen Land zu stärken. Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller allen Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität. sein (Beispielprojekt "Die Stadtentdecker", www.schule.ak-brandenburg.de) <http://www.ak-brandenburg.de/content/die-stadtentdecker>)~~

Begründung

In der kurzen Formulierung habe ich das aus meiner Sicht wesentliche Anliegen des Antragstellers zusammengefasst. Die Formulierung "**Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität.**" ist missverständlich und unterstellt, dass es keinen Kunst- und Musikunterricht gibt.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Wolfgang Seelbach

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 22 - 29:

~~-Wir wollen zur breiteren Stärkung Baukultur und Förderung Denkmalschutz sollen Bestandteil der Baukultur und des Denkmalschutzes die kulturelle kulturellen Bildung in alle Schulen und in die Erwachsenenbildung tragen. Ziel ist es das Bewusstsein für die Bedeutung der Baukultur für unsere Lebensqualität nicht nur punktuell an ausgewählten Schulen, sondern im ganzen Land zu stärken. Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller allen Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität. sein (Beispielprojekt "Die Stadtentdecker", [www.schule.ak-brandenburg.de](http://www.ak-brandenburg.de)) <http://www.ak-brandenburg.de/content/die-stadtentdecker>)~~

Begründung

In der kurzen Formulierung habe ich das aus meiner Sicht wesentliche Anliegen des Antragstellers zusammengefasst. Die Formulierung "**Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität.**" ist missverständlich und unterstellt, dass es keinen Kunst- und Musikunterricht gibt.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Wolfgang Seelbach

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Im Absatz von Zeile 22 - 29:

~~-Wir wollen zur breiteren Stärkung Baukultur und Förderung Denkmalschutz sollen Bestandteil der Baukultur und des Denkmalschutzes die kulturelle kulturellen Bildung in alle Schulen und in die Erwachsenenbildung tragen. Ziel ist es das Bewusstsein für die Bedeutung der Baukultur für unsere Lebensqualität nicht nur punktuell an ausgewählten Schulen, sondern im ganzen Land zu stärken. Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller allen Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität. sein (Beispielprojekt "Die Stadtentdecker", www.schule.ak-brandenburg.de) <http://www.ak-brandenburg.de/content/die-stadtentdecker>)~~

Begründung

In der kurzen Formulierung habe ich das aus meiner Sicht wesentliche Anliegen des Antragstellers zusammengefasst. Die Formulierung "**Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität.**" ist missverständlich und unterstellt, dass es keinen Kunst- und Musikunterricht gibt.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Wolfgang Seelbach

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort demokratisch umsetzen

Im Absatz von Zeile 22 - 29:

~~-Wir wollen zur breiteren Stärkung Baukultur und Förderung Denkmalschutz sollen Bestandteil der Baukultur und des Denkmalschutzes die kulturelle kulturellen Bildung in alle Schulen und in die Erwachsenenbildung tragen. Ziel ist es das Bewusstsein für die Bedeutung der Baukultur für unsere Lebensqualität nicht nur punktuell an ausgewählten Schulen, sondern im ganzen Land zu stärken. Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller allen Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität. sein (Beispielprojekt "Die Stadtentdecker", www.schule.ak-brandenburg.de) <http://www.ak-brandenburg.de/content/die-stadtentdecker>)~~

Begründung

In der kurzen Formulierung habe ich das aus meiner Sicht wesentliche Anliegen des Antragstellers zusammengefasst. Die Formulierung "**Kulturelle Bildung, bildende und darstellende Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller Schulen werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität.**" ist missverständlich und unterstellt, dass es keinen Kunst- und Musikunterricht gibt.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 21 - 34:

Zum anderen ist es extrem wichtig, die Diskussion über das OB endlich hin zum WIE zu verlagern. Wir wollen eine präventive Strukturpolitik, die darauf aufbaut, ~~für welche anderen zukunftsfähigen Wirtschaftszweige die Infrastruktur und das Know How der Braunkohleindustrie noch eingesetzt werden kann,~~ was in der Lausitz neben der Braunkohle bereits besteht und gestärkt werden kann und was bisher von der Braunkohle behindert wurde und jetzt durchstarten kann. Wir wollen im Folgenden Ideen präsentieren, um die Diskussion über das WIE voranzutreiben. Wichtig ist die gesellschaftliche Debatte in der Lausitz vor Ort, um die vielen Potentiale und Ideen dort ans Tageslicht zu bringen. Die zivilgesellschaftliche Kraft vor Ort, die sich bisher zu großen Teilen um ein Für und Wider der Braunkohle gedreht hat, gilt es für eine positive Begleitung des Strukturwandels zu kanalisieren. Eine Zukunftsstiftung Lausitz könnte unter Einbindung der Lausitzer Zivilgesellschaft die Entwicklung von Konzepten und -projekten für die Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz anschieben.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Vorausschauende Strukturpolitik -
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

Im Absatz von Zeile 21 - 34:

Zum anderen ist es extrem wichtig, die Diskussion über das OB endlich hin zum WIE zu verlagern. Wir wollen eine präventive Strukturpolitik, die darauf aufbaut, ~~für welche anderen zukunftsfähigen Wirtschaftszweige die Infrastruktur und das Know How der Braunkohleindustrie noch eingesetzt werden kann,~~ was in der Lausitz neben der Braunkohle bereits besteht und gestärkt werden kann und was bisher von der Braunkohle behindert wurde und jetzt durchstarten kann. Wir wollen im Folgenden Ideen präsentieren, um die Diskussion über das WIE voranzutreiben. Wichtig ist die gesellschaftliche Debatte in der Lausitz vor Ort, um die vielen Potentiale und Ideen dort ans Tageslicht zu bringen. Die zivilgesellschaftliche Kraft vor Ort, die sich bisher zu großen Teilen um ein Für und Wider der Braunkohle gedreht hat, gilt es für eine positive Begleitung des Strukturwandels zu kanalisieren. Eine Zukunftsstiftung Lausitz könnte unter Einbindung der Lausitzer Zivilgesellschaft die Entwicklung von Konzepten und -projekten für die Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz anschieben.

ÄA09 zu V3

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand, AP: Karsten Wundermann

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Begründung

Ganz wichtig bleibt, dass bei dem ganzen Expertentum die demokratischen Entscheidungsspielräume gewahrt bleiben. Das sollte auch in der Überschrift deutlich werden.

ÄA09 zu V3neu

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand, AP: Karsten Wundermann

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Begründung

Ganz wichtig bleibt, dass bei dem ganzen Expertentum die demokratischen Entscheidungsspielräume gewahrt bleiben. Das sollte auch in der Überschrift deutlich werden.

ÄA09 zu V3neu1

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand, AP: Karsten Wundermann

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Begründung

Ganz wichtig bleibt, dass bei dem ganzen Expertentum die demokratischen Entscheidungsspielräume gewahrt bleiben. Das sollte auch in der Überschrift deutlich werden.

ÄA09 zu V3neu2

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand, AP: Karsten Wundermann

Gegenstand: Gute Baukultur vor Ort umsetzen

Begründung

Ganz wichtig bleibt, dass bei dem ganzen Expertentum die demokratischen Entscheidungsspielräume gewahrt bleiben. Das sollte auch in der Überschrift deutlich werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Andreas Rieger

Gegenstand: Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren

Im Absatz von Zeile 209 - 227:
Neu hinzufügen:

Gleichzeitig wird jetzt offenbar, dass Planungs- und Baukompetenz in den Kreisen, Städten und Gemeinden fehlt. Leerstehender Wohnraum und ungenutzte Flächen in Innenbereich bieten ausreichend Potenzial für die Entwicklung dezentraler Standorte. Gerade in Brandenburg besteht kein Anlass Neubauf Flächen auf der grünen Wiese auszuweisen. Gute Planung und Nutzung aller Möglichkeiten des Baugesetzbuches ermöglichen eine zügige und städtebaulich verträgliche Nachverdichtung.

Wohnungen entstandene Debatte über eine Deregulierung des Planungs- und ~~Baurechts~~
Baurechts darf auf keinen Fall zu einer allgemeinen Verringerung von ~~Standards~~
Standards führen. Um jetzt schnell winterfeste Kapazitäten zu schaffen, ~~sind~~
sind bei Erstaufnahmeeinrichtungen ~~und~~
und Gemeinschaftsunterkünften, die nur für einen definierten Zeitraum ~~errichtet~~
errichtet und genutzt werden, erleichterte ~~Standards~~
Standards im Planungs- und Baurecht oder bei der Energieeinsparung gerechtfertigt. ~~Ausgenommen~~
Ausgenommen sind Vorschriften ~~zur~~
zur Gefahrenprävention (z.B. Brandschutz). Absenkung von Standards im ~~Wohnungsbau~~

Wohnungsbau lehnen wir hingegen hier ab, denn wir wollen keinen ~~Zwei-Klassen-Wohnungsbau.~~
Zwei-Klassen-Wohnungsbau. Ebenso darf es zu keinen Einschränkungen bei ~~der~~
der Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Artenschutzes kommen.